

DOI: <https://doi.org/10.31648/an.12433>

Agnieszka Mucha

ORCID: <https://orcid.org/0000-0002-8500-1744>

Uniwersytet Jana Kochanowskiego w Kielcach/ Jan Kochanowski University of Kielce
agnieszka.mucha@ujk.edu.pl

Migrationspolitik im Wandel – eine vergleichende Studie zu migrationspolitischen Narrativen als wahlkampfpolitischer Fragestellung dargestellt am Beispiel der Bundestagswahlprogramme und Slogans der etablierten Parteien 2009 und 2025

Migration Policy in Transition – a Comparative Study of Migration Policy Narratives as an Election Campaign Issue, Illustrated by the Example of the Federal Election Manifestos and Slogans of the Established Parties in 2009 and 2025

Abstract: This article focuses on the migration policies of established German parties in the 2009 and 2025 federal election campaigns. The aim of the study is to highlight the change in migration policy narratives in both election years, i.e. over a period of more than 15 years. The analysis, which is based on two sources, the official election manifesto and the election slogan, aims to shed light on all aspects of the migration policy debate, while also attempting to get to the bottom of the trends identified. The work thus contributes to research on political communication and the strategic handling of migration discourses in times of social upheaval, such as the major economic crisis of 2008/2009 or the refugee crisis that began in 2015 and continues to this day.

Keywords: migration policy, election slogans, election programmes, federal election, election campaign narratives

1. Einleitung

Der vorliegende Beitrag setzt sich zum Ziel, das Thema der Migrationspolitik als eines der signifikanten Wahlkampfthemen näher zu beleuchten und vielschichtig zu analysieren. Diese Thematik gehört, trotz gelegentlicher Unterrepräsentation,

zu wichtigen Fragestellungen, die jede Partei im Wahlkampf ansprechen muss. Ziel der Analyse ist es, aufzuzeigen, welchen Stellenwert das Thema in beiden Wahlkampfjahren hatte, die über 15 Jahre auseinander lagen. Demzufolge werden im Beitrag die Wahlprogramme der an den Bundestagswahlen 2009 und 2025 teilnehmenden etablierten Parteien zusammengestellt und ihre Inhalte präsentiert. Im Anschluss daran werden migrationspolitisch ausgerichtete Wahlslogans analysiert, mit denen das Thema Migrationspolitik aufgegriffen wurde. Somit konzentriert sich die Analyse auf zwei grundlegende, in ihrem Wesen jedoch diverse Wahlkampfmittel, das Wahlprogramm und den Wahlslogan. In der Analyse soll ermittelt werden, wie die Parteien ihre Wahlprogrammatik zum Thema Migrationspolitik in ihren Wahlprogrammen und analogen Wahlslogans zum Ausdruck brachten, welche Schwerpunkte sie dabei setzten, welche mutmaßlichen wahlkampfpolitischen Absichten damit verbunden waren und schließlich, welche parteieigenen bzw. zeitgeschichtlichen Faktoren der Wahl eines entsprechenden Narrativs zugrunde lagen.

Der Begriff *Narrativ* wird im weiteren Sinne, d.h. als eine kultur- und sozialwissenschaftliche Kategorie verstanden, die gemäß dem *Narrativen Turn*¹ in jedem Text vorhanden ist und für „komplexitätsreduzierende Sinnstiftung“ innerhalb einer Gruppe von Menschen haftet, bestimmten Ereignissen Sinn verleiht sowie Werte bzw. Emotionen übertragen kann (vgl. Bachmann-Medick 2009: 130f.). Das hier untersuchte Narrativ sollte nach Bachmann-Medick (2009: 129, 131f.) nicht nur als eine rein ästhetische Kategorie, sondern als eine Form der Welterzeugung begriffen werden, die die Sicht auf die Umwelt ändert bzw. gemeinsame Ideologie konstituieren und das Fundament für kollektive Identitätsbildung sein kann. Die politischen Inhalte, die in narrative Strukturen jeweils eingebettet werden, vermögen nicht nur dazu zu dienen, den Wählern die Welt verständlich zu machen, sondern sie besitzen auch eine enorme Legitimationsmacht und sollten handlungswirksam sein (vgl. Bachmann-Medick 2009: 134f.). In dem für die Analyse gewählten Kontext des Wahlgeschehens nehmen sie Form von Bildern an, die zur Durchsetzung der eigenen Ideologie/ politischer Wahlprogrammatik genutzt werden und Menschen zum entsprechenden Handeln veranlassen bzw. motivieren sollten. Sie dienen der

¹ Der Begriff wurde maßgeblich in die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften eingeführt. In der Linguistik bezeichnet er den Wendepunkt und die Abkehr von der rein strukturellen Satzanalyse hin zur Untersuchung narrativer Muster in Diskursen. Bedeutende Impulse für dieses Verständnis sind Foucault (1981), van Dijk (1980) oder Wodak (2019) zu verdanken. Mehr dazu siehe bei genannten Autoren sowie u.a. unter: <https://www.zhdk.ch/forschung/ehemalige-forschungsinstitute-7626/iae/glossar-972/diskursanalyse-3820> [Zugriff: 20.03.2026] oder <https://novustat.com/statistik-blog/diskursanalyse-beispiele.html> [Zugriff: 20.03.2026].

Legitimation von Macht, der Mobilisierung von Wählern und haben somit zum Ziel, ihr politisches Handeln am Wahltag direkt oder indirekt zu beeinflussen.

2. Wahlkampagnen als Forschungsgegenstand

Die bewusste Fokussetzung auf die Wahlprogramme und die Wahlslogans vermag begründet zu werden. Zunächst kommt beiden Wahlkampfmitteln eine besondere Rolle im Prozess der politischen Willensbildung, insbesondere beim Wahlgeschehen, zu: das Wahlprogramm „bildet die programmatische Grundlage“ (Werbebotschaften, Erklärungen und Veranstaltungen der Parteien im Wahlkampf) und „dient in erster Linie der Mitgliedermobilisierung“ (Ballnuß 1996: 37), während der Wahlslogan als „ein zeitgeschichtliches Zeugnis“ (Toman-Banke 1996: 17), „ein Synonym für das, worüber im Wahlkampf gestritten wird“ (Korte 2000: 120), quasi „eine pointierte Zusammenfassung einer Wahlkampagne“ (Toman-Banke 1996: 17) fungiert.

Eine Recherche und Sichtung der bereits vorhandenen Studien, Fachbeiträge und Abhandlungen (z.B. Brettschneider/Thoms 2025; Eckard/Sturm 2012; Korte 2010b) ergab, dass Wahlprogramme im Rahmen der breit angelegten Wahl-, Parteien-, Regierungs- und Kommunikationsforschung eher marginal als Hauptthema herangezogen wurden. Wenn diese bereits zum Forschungsgegenstand werden, sind das üblicherweise Gegenüberstellungen von Wahlprogramminhalten der Werbetreibenden mit Fokussierung auf verschiedene politische Problemfelder unter diversen Gesichtspunkten. Vielmehr als Wahlprogramme kommt die Parteienkommunikation in Wahlwerbespots zur Sprache (Holtz-Bacha 2010), wobei für das letzte hier analysierte Wahljahr die Sozialen Medien wie Facebook, Instagram das Forschungsspektrum wesentlich erweitert haben. Im Kontext des Wahljahres 2009 konnte bspw. in dem von Korte (2010b) herausgegebenen Band *Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung* ein den Wahlprogrammen explizit gewidmeter Beitrag von Treibel (2010) gefunden werden, der sich den Grundsatzprogrammen, Wahlprogrammen und Koalitionsverträgen von sechs im Bundestag vertretenen Parteien in Bezug auf die Codierung von Sozialstaatlichkeit vs. Marktliberalismus und Modernisierung vs. Traditionalisierung widmete. Ebenso im von Eckhard und Sturm (2012) herausgegebenen Sammelband *Bilanz der Bundestagswahl 2009. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen* wurden politikwissenschaftliche Beiträge zusammengestellt, deren Kern politikfeldspezifische Analysen ausmachten, die zum Ziel hatten, die Entwicklungstendenzen und parteiliche Versprechen in Aspekten wie Wirtschafts-,

Sozial-, Außenpolitik zu reflektieren bzw. zu bewerten. Zum Wahljahr 2025 legte die Landesbank Baden-Württemberg (2025) u.a. eine wirtschaftspolitische Analyse der Bundestagswahlprogramme von CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne, Linkspartei, AfD und BSW vor. Diese wurde mit Blick „auf ihre Wachstumswirkung“ durchgeführt und in ihrer Methodik berücksichtigte sie ausschließlich das, was „im Programm tatsächlich niedergeschrieben [war]“ (ebd.: 4), ohne Interpretationsversuche bzw. Spekulationen zu eventuellen Änderungen in Koalitionsverträgen. Bemerkenswert scheint auch eine umfassende Studie von Brettschneider und Thoms (2025) aus der Universität Hohenheim zu sein, in der Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2025 im Vergleich zu allen Bundestagswahljahren seit 1949 analysiert wurden (insgesamt alle 21 Bundestagswahlen mit 90 Wahlprogrammen) und deren Forschungsgegenstand Verständlichkeits-, Begriffs- und Populismusanalyse darstellte.

Über Slogans im Allgemeinen und darunter auch politische Wahlslogans liegt hingegen eine kaum überschaubare Anzahl von Sammelbänden (z.B. Nusser 1975), Kurzbeiträgen (z.B. Flader 1975; Klotz 1975) und Studien (z.B. Abromeit 1975; Baumgart 1992) vor, wobei die Anzahl der sprachwissenschaftlich orientierten Arbeiten zweifellos am größten ist. Schließt man Werbeslogans der Wirtschaftswerbung aus, so sind Publikationen von Toman-Banke (1996), Müller (1978), Gruner (1990) im Rahmen der *sensu stricte* linguistischen Untersuchungen als besonders repräsentativ anzusehen. In allen drei Fällen war die Materialsammlung recht umfangreich, bei Toman-Banke (1996) machten 329 Slogans von den Parteien SPD, CDU, CSU und FDP zu 13 Bundestagswahlen (von 1949 bis 1994) den Forschungsgegenstand aus. Bei der pragmatisch und diachronisch angelegten Untersuchung von Müller (1978) bildeten Wahlplakate und die auf ihnen vorkommenden Slogans aus den Jahren 1919–1972 den Bezugsrahmen. Gruner (1990) untersuchte die Wahlkampfssprache der Bundestagswahlkämpfe von 1957 und 1987 mit Blick auf ihre „inszenierte Polarisierung“, jedoch nicht nur unter Bezugnahme auf die zur betroffenen Zeit erstellten Wahlslogans und Plakattexte, sondern auch auf Texte aus Werbebroschüren, Zeitungsanzeigen der Parteien bzw. aus Reden und Interviews. Im Hinblick auf das Wahljahr 2009 machten das Wahlplakat und der Wahlslogan selbst die Reflexionsfläche für den Beitrag von Lessinger und Holtz-Bacha (2010), auch wenn dieses Thema von ihnen konfrontativ im Vergleich zu Europawahl 2009 betrachtet wurde. Eine weitere nennenswerte Untersuchung stammt von Burgard (2012), der am Beispiel des US-Präsidentenwahlkampfes 2008 und der Bundestagswahl 2009 analysiert, „welche kommunikativen Lehren insbesondere Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frank Walter-Steinmeier [...] aus dem ‚Phänomen Obama‘ ziehen [konnten]“ (Burgard 2012: 19). Die Analyse

beschränkt sich jedoch auf die Inszenierung der Kandidaten, der Parteitage der CDU/CSU und der SPD sowie auf Online-Strategien („Wunderwaffe Web“) und lässt Plakate oder Slogans bzw. die da enthaltene Inszenierung weitergehend unberücksichtigt. Die zwei letztgenannten Arbeiten lassen sich in die Reihe der dem Wahlkampf 2009 und seinen verschiedenen Erscheinungsformen gewidmeten Studien einordnen, die die Wahlkampfkommunikation überwiegend als Inszenierung und eine Art Spektakel betrachteten. Anzumerken wäre ferner an dieser Stelle, dass in vielen bedeutenden Sammelbänden zum 17. Bundestag wie in denen von Korte (2000; 2010), Eckhard und Sturm (2012), Niedermayer (2011) und Holtz-Bacha (2010) die Thematisierung von Wahlslogans bzw. Wahlplakatierung eher spärlich ausfällt und zu Gunsten der Wahlwerbespots, Fernseh- und Internetwahlkampf vernachlässigt wird.

Ganz ähnlich sah es mit Blick auf Wahlslogans bzw. Wahlplakate des Wahlkampfjahres 2025 aus. Während die vorgezogene Bundestagswahl 2025 in vielen umfangreichen Abhandlungen thematisiert wurde (z.B. Fromm 2025; Schiffers/von Schuckmann/Korte 2025) fanden die Wahlslogans bzw. Wahlplakate für die Wahlen dieses Jahres meist wenig Beachtung. Eine umfassende und mehrdimensionale Wahlplakatanalyse ist der Webseite „Volksverpetzer. Keine Demokratie ohne Fakten“² zu entnehmen, die die Wahlplakate der größten Parteien sowie der BSW, Volt Partei unter die Lupe nahm und solche Aspekte wie sprachliche Muster, Framestypen, (Positivframing bzw. Spaltungsframings) oder Positiv- und Negativ-Campaigning-Elemente analysierte.

Geht man im dritten Analyseschritt auf Migrationspolitik als wahlkampfpolitisches Thema ein, wurden diesem Aspekt bereits sehr viele Arbeiten gewidmet (vgl. z.B. Angeli 2025; Bieber/Roßteutscher/Scherer 2018; Wüst 2024). Vor allem seit 2013 ist diese Thematik allgegenwärtig und als Forschungsgegenstand für viele wissenschaftliche Bereiche interessant. Einen beliebten Fokus stellte Migrationspolitik in der rechtspopulistischen Ausprägung dar, die nicht nur mit Blick auf deutsche Parteien Berücksichtigung fand, sondern beispielweise auch auf europäischer Ebene ausgehandelt wurde. Zu nennen wären hier der Beitrag von Angeli/Mendes/Schäller (2024) mit dem Titel: *Die Migrationspolitik der Rechtspopulisten. Eine vergleichende Analyse der Wahlprogramme*, deren Autoren die migrationspolitischen Positionen von sechs europäischen Parteien (AfD, FPÖ, RN, VOX, Lega, FDI) anhand ihrer jüngsten Wahlprogramme untersuchen. Ein anderer Beitrag der zwei bereits genannten Forscher: *Einwanderungspolitik und*

² Vgl. <https://www.volksverpetzer.de/analyse/sprache-der-wahlplakate-2025/> [Zugriff: 20.02.2026].

Wählerauftrag. Halten Parteien, was sie versprechen? (Mendes/Schäller 2025) bezog sich lediglich auf Deutschland und Frankreich und veranschaulichte, dass die politischen Führungskräfte in beiden Ländern einen erheblichen Teil ihrer einwanderungsbezogenen Versprechen auch umsetzten.

Die mit diesem Beitrag beabsichtigte Analyse zielt darauf ab, nicht nur einen tiefen Einblick in die migrationspolitisch ausgerichteten Wahlprogrammpunkte 2009 und 2025 zu gewähren, die mit diesen korrespondierenden Wahlslogans einzuordnen, sondern auch den Verlauf des migrationspolitischen Narrativen nachzuzeichnen. Eine solche diachronische Analyse (Vergleich der „Superwahljahres“ 2009 und des „aktuellsten“ Bundestagswahljahres 2025) wurde bisher nicht durchgeführt und stellt daher eine wertvolle Ergänzung der bisherigen Forschung dar.

3. Zu migrationspolitischem Narrativ in Bundestagswahlprogrammen und Bundestagswahlslogans 2009 und 2025 – eine vergleichende Analyse

Im Folgenden wird das Thema der Migrationspolitik anhand der Wahlprogramme und Wahlslogans von den ausgewählten, an Bundestagswahlen 2009 und 2025 teilnehmenden Parteien näher behandelt. Die politischen Standpunkte der Parteien werden in gesonderten Abschnitten kontrastiv dargestellt, um migrationsbezogene Unterschiede im wahlkampfpolitischen Narrativ herauszuarbeiten. Die pragmatische Analyse vergleicht die Herangehensweise der einzelnen Parteien an das migrationspolitische Thema, wobei insbesondere untersucht wird, wie die Wähler damit zu beeinflussen, zu überzeugen und zu mobilisieren waren.

3.1. Wahlprogramme und Wahlslogans der Koalitionspartei CDU/CSU in den Jahren 2009 und 2025

Das Regierungsprogramm der Unionsparteien 2009 mit dem Titel „Wir haben die Kraft – Gemeinsam für unser Land“ (CDU/CSU 2009)³ besteht aus dem Teil A und B (insgesamt 4 Kapitel) und erst im Kapitel 2 „Chancen eröffnen – Chancengesellschaft verwirklichen“ wurde das Thema Migrationspolitik als Teil der

³ Vgl. https://www.kas.de/documents/252038/253252/2009-2013_Regierungsprogramm_Wir-haben-die-Kraft_Gemeinsam-fuer-unser-Land.pdf/7d6e0b45-01b2-1cc7-793a-84d61e9c5086f [Zugriff: 15.02.2026].

künftigen CDU/CSU-Regierungspolitik näher präsentiert. Zur Beschreibung dieser Politik hat die Partei solche Phrasen wie „Vorfahrt für Integration“, „Gerechte Chance in der Bildungspolitik“ sowie „Kulturnation – Identität pflegen – Kreativität entfalten“ genutzt. Die CDU/CSU bekannte sich mancherorts zu Deutschland als einem weltoffenen und toleranten Einwanderungsland, wo „das Zusammenleben von Respekt, gegenseitigem Vertrauen, Zusammengehörigkeitsgefühl und gemeinsamer Verantwortung geprägt ist“ (CDU/CSU 2009: 49). Erfolgreiche Integration umfasste aus ihrer Sicht daher nicht nur die Identifikation mit dem Zielland, sondern auch gesellschaftliche und gleichberechtigte Teilhabe und Verantwortung, wozu jedoch gute Deutschkenntnisse als Voraussetzung für Bildung und Ausbildung absolut unabdingbar sind. Die Union vertrat das Prinzip „Qualifizierung geht vor Zuwanderung“ (CDU/CSU 2009: 30) und meinte, dass bei der Integration, die „zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe gemacht [werden muss]“ (ebd.: 9) sowohl „Fördern und Fordern im Mittelpunkt [stehen]“ (ebd.: 9). Sie hat das ehrenamtliche Engagement der Zuwanderer als bestes identitäts- und anerkennungsstiftendes Zeichen bürgerschaftlicher Mitwirkung anerkannt und befürwortete seine weitere Unterstützung (vgl. CDU/CSU 2009: 54). Ebenfalls Sport vermochte eine ähnlich wichtige Funktion für die Integration zu erfüllen (vgl. CDU/CSU 2009: 56f.). Als wichtige Voraussetzung für die Einbürgerung hat die CDU/CSU ausreichende Deutschkenntnisse, Qualifizierung und Bildung angesehen, weil die gute Bildungs-, Familien- und Migrationspolitik, so ihr Wahlprogramm, einander bedingen (vgl. CDU/CSU 2009: 50). Angenommen, dass vorwiegend „Frauen eine zentrale Rolle für die Integration von Zuwandererfamilien [spielen]“ (CDU/CSU 2009: 51) beabsichtigte die Union „eine Bildungs- und Ausbildungs-offensive für Migrantinnen“ (ebd.: 51) anzuleiten und fokussierte dabei auf die entsprechende Bildung der Migrantenkinder und ihrer Eltern sowie auf die Förderung der gleichberechtigten Teilhabe von zugewanderten Frauen und Mädchen aus allen Kulturkreisen am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben. Die Erwerbsquote der Frauen mit Migrationshintergrund sollte z.B. mit den auf Frauen zugeschnittenen Sprachkursen oder durch zugängliche Kinderbetreuungsangebote, Beratung oder Qualifizierung erhöht werden. Ergänzend dazu wollte die Union Migrantinnenunternehmen stärken und neue Existenzgründer gewinnen, die die deutsche Wirtschaft ebenfalls bereichern (vgl. CDU/CSU 2009: 51). Da Deutschlands Gesellschaft „eine europäische Kulturnation“ (ebd.: 52) mit reichem kulturellem Erbe ist, setzte die CDU/CSU darauf, den Dialog zwischen dem deutschen Staat und Muslimen in Deutschland fortzusetzen, um besseres gegenseitiges Verständnis zu gewährleisten und Wohlstand sicherzustellen (vgl. CDU/CSU 2009: 50, 52). Auf

der anderen Seite betrachtete sie Sicherheit als eine Voraussetzung für Freiheit und betonte, dass „es nur angstfreie Räume geben [darf]“, weil „Recht und Ordnung die Freiheit der Bürger schützen“ (vgl. CDU/CSU 2009: 78f.). Sie sprach sich für Bekämpfung von Visumsmissbrauch, Vereinfachung des Ausweisungsrechts sowie gegen EU-weite Vereinheitlichung des Asylrechts aus. Dabei lehnte sie ein generelles kommunales Wahlrecht für Ausländer oder generelle Hinnahme doppelter Staatsbürgerschaft ab (vgl. CDU/CSU 2009: 50, 81). Die Union erkannte zudem den Links- und Rechtsextremismus als „erklärte Gegner [...] der demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung“ (CDU/CSU 2009: 82) und forderte konsequente Verfolgung und Ahndung extremistischer Straftaten, Beobachtung extremistischer Organisationen durch Verfassungsschutz oder Weiterentwicklung der bürgerschaftlichen Projekte oder Ausstiegsprogramme gegen Extremismus. Eine besondere Wachsamkeit galt in den Augen der CDU/CSU dem Extremismus islamischer Gruppen – die Union schlug diesbezüglich politische, schulische Bildung und gesellschaftliche Aufklärung mit Vermittlung der demokratischen Werte und guter Streitkultur als bestmögliche Prävention vor (vgl. CDU/CSU 2009: 82f.). Schließlich verstand sie Migrationspolitik nur europäisch und international, wobei „gute Nachbarschaft“ (ebd.: 84), „stabile Partnerschaften“ (ebd.: 84) und „vorbildhafte, grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit“ (ebd.: 81) als drei wichtige Pfeiler fungieren sollten.

Unter den für den Wahlkampf 2009 vorbereiteten Wahlslogans konnten die explizit migrationspolitischen Wahlplakate bzw. Wahlparolen in insgesamt 15 erstellten Wahlplakaten nicht ermittelt werden. Bezieht man sich erneut auf das oben bereits dargestellte Regierungsprogramm, war die eventuelle Korrelation mit der Migrationspolitik im Falle der auf Bildungs- und Sicherheitspolitik ausgerichteten Wahlparolen anzusehen (dann aber lediglich als vermutlicher Hintergedanke), etwas in Slogans und „Kopfplakaten“ wie:

- *Wir haben die Kraft für gute Bildung* (Annette Schavan)
- *Wir haben die Kraft für Sicherheit und Freiheit* (Wolfgang Schäuble)
- *Wir haben die Kraft für die Sicherheit unseres Landes* (Franz Josef Jung)
- *Sicher leben* (Themenplakat)⁴.

In allen vier genannten Fällen profilierte sich die Partei als Sicherheitsgarant und Basis für Deutschland als Bildungsstandort, was die damit eng verbundene Mig-

⁴ Alle genannten Plakate befinden sie in gedruckter Form im Archiv der Autorin, teilweise noch online verfügbar unter: <https://www.sprachlog.de/2009/09/25/wir-haben-die-kraft/> [Zugriff: 24.02.2026] oder <https://www.zeit.de/online/2009/33/artikel-bg-wahlplakate> [Zugriff: 24.02.2026], die zwei anderen zum aktuellen Zeitpunkt lediglich im Archiv der Autorin verfügbar.

rationspolitik miteinschloss. Inwiefern jedoch Sicherheit und Bildung als weitere offensichtliche Wahlkampfthemen mit Migration zu tun hatten, wurde erst nach der Lektüre des Wahlprogramms ersichtlich. Bezogen darauf, dass die Migration zu diesem Zeitpunkt keine besondere Rolle als Krisenthema spielte, nutzte die Union gemäß ihrer damaligen Position als regierende Partei das Narrativ der Stärke und Verlässlichkeit, Entschlossenheit sowie politischer Fachkompetenz und orientierte sich bei allen Slogans an dem rhetorischen Muster *Wir haben die Kraft für...* Das CDU/CSU-Narrativ war in diesem Wahlkampfsjahr sehr ausgewogen, vermochte vielerorts ein menschliches Gesicht aber zugleich einen gesunden Menschenverstand der Partei zu vermitteln. Wenn überhaupt, wurde Migration unter dem Aspekt der Bildung und Qualifizierung subsumiert, wodurch Optimismus, Zukunftsorientiertheit und vor allem politische Kompetenz der Union unterstrichen wurden.

15 Jahre später, im Wahlprogramm 2025 „Politikwechsel für Deutschland“ (CDU/CSU 2025)⁵ war ein deutlicher Kurswechsel zu erkennen. Das Thema Migration tauchte ebenfalls vor allem in dem auf Sicherheitspolitik fokussierenden Abschnitt 3 mit dem Titel: „Unser Plan für ein Land, das frei und wieder sicher ist“ auf, wurde diesmal jedoch mit vielen Verweisen auf eigene fehlerhafte Politik verbunden. Die eindeutige Forderung „Ja zum Stopp der illegalen Migration“ untermauerte die CDU/CSU mit dem Bekenntnis „Auch wir haben in unserer Regierungszeit Fehler gemacht“ (CDU/CSU 2025: 40) und als zwei neue Hauptziele setzte sie sich, „die Kontrolle über Migration zurückzugewinnen“ (ebd.: 40) und „humanitäre Aufnahmen auf ein Maß zu beschränken, dass die Möglichkeiten Deutschland nicht überfordert“ (ebd.: 40). Gestellt wurden Forderungen wie nationales Asylsystem mit zügigem Verfahren, mehr Grenzkontrolle und Investitionen in modernste Grenzsicherungstechnik, konsequente Zurückführungen bereits an der Grenze sowie die Steigerung der Zahl von Rückführungen, wobei der Fokus auf Afghanistan und Syrien gelegt wurde: „Nach Afghanistan und Syrien wollen wir regelmäßig abschieben – vor allem Straftäter und Gefährder“ (ebd.: 41). Für die Beschleunigung vom Asylverfahren und Rückführungen vermochte das Erklären der weiteren Länder zu sicheren Herkunftsländern eine essenzielle Rolle zu spielen (vgl. CDU/CSU 2025: 40f.). Im ähnlichen Sinne galt es auch, den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten auszusetzen, alle freiwilligen Aufnahmeprogramme zu beenden oder sich bezüglich der Sozialleistungen für Ausreisepflichtige nach dem Grundsatz „Bett, Brot und Seife“ zu richten (vgl. CDU/CSU 2025: 40f.).

⁵ Vgl. <https://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramm-cdu> [Zugriff: 15.01.2026].

Komplementär dazu sprach sich die CDU/CSU dafür aus, das europäische Asylrecht zu ändern, so dass „jeder, der in Europa Asyl beantragt, in einen sicheren Drittstaat überführt werden, dort sein Verfahren durchlaufen und dort bei Bedarf Schutz finden [soll]“ (CDU/CSU 2025: 4). Selbstverständlich sollte und musste die Bundesrepublik Deutschland ihre humanitäre Verantwortung erkennen und weiterhin übernehmen; lediglich, so das CDU/CSU-Wahlprogramm (2025: 5), „den zunehmenden extremistischen Gefährdungen treten wir mit einem 360-Grad-Blick entgegen“. In erster Linie wurde an dieser Stelle Islamismus genannt, „für den es keinen rechtsfreien Raum [in Deutschland gibt]“ (ebd.: 5), zudem aber auch der Rechts- und Linksextremismus sowie Antisemitismus, die die Union als weitere Feinde des deutschen Staates bezeichnete. Unter anderem sollen das Zeigen verfassungsfeindlicher Symbole, verfassungsfeindliche und antisemitische Äußerungen sowie das Unterstützen von Terror-Organisationen konsequenter unter Strafe gestellt werden und mit eventueller Ausweisung, dem Entzug des Aufenthaltstitels, Verlust der deutschen Staatsbürgerschaft verbunden sein (vgl. CDU/CSU 2025: 5). Ein evidentes CDU/CSU-Kennzeichen von diesem Wahljahr war der Ruf nach „grundsätzlicher Wende“, neuen Impulsen in der Migrationspolitik und vorwiegend das Vorgehen gegen illegale Migration, weil „der Zuzug zu viel und nicht mehr stemmbar [ist]“ (CDU/CSU 2025: 4). Während es noch im Wahljahr 2009 mehr auf die erfolgreiche Integration z.B. mit der Bildungsoffensive ankam, ging es 2025 eigentlich darum, mit allen möglichen Mitteln die verlorene Kontrolle zu gewinnen. Interessanterweise hat die CDU/CSU das Thema der Bildung als eng mit Migration verbundener Aspekt kaum zur Sprache gebracht und wegen der Fokussierung auf Abhilfemaßnahmen gegen ausufernde Migration größtenteils zur Seite geschoben.

Schaut man die migrationspolitischen Wahlslogans der Union, wurde das Thema Migration mithilfe bzw. mit Fokus auf Begrifflichkeit, die im Wahlprogramm, einschließlich seines Titels, enthalten war, besetzt. Hierbei ließen sich folgende Slogans berücksichtigen:

- *Beide Stimmen für den Politikwechsel. Beide Stimmen CDU.*
- *Recht und Ordnung wieder durchsetzen. Beide Stimmen CDU.*
- *Stabilität statt Chaos. Beide Stimmen CDU.*
- *Deutschland wieder in Ordnung bringen. CSU (Themenplakat für Bayern)⁶.*

Den Kern dieses Narrativs bildeten Begriffe wie *Recht*, *Ordnung*, *Stabilität* und als Gegenpol dazu *Chaos* und das zweimal verwendete Wort *wieder*, das suggerieren sollte, dass die erst genannten Zustände zeitweise verloren gingen, was eine gezielte

⁶Die genannten Plakate verfügbar unter: <https://www.cdu.de/wahlplakate/> [Zugriff: 15.02.2026].

direkte Anspielung auf die unkontrollierte Einwanderung 2015/2016 war. Die Slogans deuteten somit eine Notwendigkeit der Kurskorrektur, einen offensichtlichen Bedarf nach einer politischen Zäsur an und gingen in Richtung der Rhetorik der Heilung. Auf dieser Basis erklärte sich die Union dazu reif, Fehler der Vergangenheit (wie z.B. die Grenzöffnung 2015) durch ihre Fachkompetenz und Entschlossenheit zu korrigieren sowie Sicherheit, Vorhersehbarkeit, bzw. bewährte Strukturen aufs Neue in ihrer Regierungsverantwortung herbeizuführen.

3.2. Wahlprogramme und Wahlslogans der SPD in den Jahren 2009 und 2025

Das Regierungsprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit dem Titel „Sozial und Demokratisch. Anpacken. Für Deutschland. Das Regierungsprogramm der SPD“ (SPD 2009)⁷ hat einen Umfang von 95 Seiten, auf denen die reformatorischen Absichten der Partei erläutert wurden; ihre Wahlplakatierung umfasste hingegen insgesamt 16 Werbeplakate mit diversen wahlkampfpolitischen Schwerpunkten. Da die SPD in ihrer Wahlkampfwerbung stets vom Modell des „vorsorgenden Sozialstaates“ (SPD 2009: 49) ausging und die Relevanz der sozialen Sicherheit betonte, wurde die Migrationspolitik immer wieder aus diesem Blickwinkel betrachtet, auch wenn keiner der Wahlprogrammpunkte dem Thema gesondert gewidmet wurde. Zuallererst sprach die Partei bessere Vermittlung von Arbeit und Einbeziehung der Menschen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt als Basis für die Integration, aber auch wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands an (vgl. SPD-RP 2009: 30f., 36). Weiterhin mit Bezug darauf, dass „Bildung ein Menschenrecht [ist]“, plädierte sie für gleiche Bildungschancen für alle, d.h. „gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule“ (SPD 2009: 57) unabhängig von der Herkunft und vor allem gegen Benachteiligung von Einwandererkindern, was umso wichtiger angesichts dessen erschien, dass „ein Viertel aller Kinder mindestens einen Elternteil [hat], der aus einem anderen Land eingewandert ist“ (SPD 2009: 41). Bei voller Anerkennung der Tatsache, dass „Deutschland ein Einwanderungsland ist“ unterstrichen die Sozialdemokraten die Relevanz des Zusammenhalts, gegenseitiger Akzeptanz und Anerkennung, damit eine Gesellschaft entsteht, „in der man ohne Angst verschieden sein kann“ (SPD 2009: 59). Demzufolge wandte sich die SPD gegen Diskriminierung „wegen ethischer Herkunft,

⁷ Vgl. https://library.fes.de/prodok/ip-02016/regierungsprogramm2009_if_navi.pdf [Zugriff: 15.01.2026].

Geschlecht, Religion“ und für Anerkennung der Einwanderer, „die mitgeholfen [haben], unser Land erfolgreich zu machen“ (SPD 2009: 59). Als Fazit stellte sie letzten Endes fest: „Deutschland braucht Einwanderung – Einwanderung braucht Integration“ (ebd.: 60) und unter dieser Wahlparole schloss sie integrationsfördernde Postulate mit ein, wie Erleichterung des Erwerbs der deutschen Staatsbürgerschaft, Ausweitung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-Bürger, die seit sechs Jahren in Deutschland leben, Förderprogramme und Modelprojekte im Erwerbsleben für Einwanderer, bessere Anerkennung der ausländischen Qualifikationen und Steuerung von qualifizierter Einwanderung, Stopp von Kettenduldungen, Förderung des Ehegattennachzugs oder humane Flüchtlingspolitik mit humanitären Spielräumen (vgl. SPD 2009: 60, 80). In diesem Sinne lehnte die SPD weiterhin die Leitkulturdebatte ab und stellte die Forderung nach starker Demokratie, was mit der gesamtgesellschaftlichen, generationenübergreifenden bzw. institutionalisierten Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus gleichgesetzt wurde (vgl. SPD 2009: 79, 81).

Betrachtet man Wahlslogans 2009 im Kontext der migrationspolitischer Fokussierung ließen sich kaum Wahlparolen verzeichnen, mit denen die SPD explizit mit diesem Thema um die Wählergunst kämpfen wollte. Unter 16 Plakaten waren einige auffindbar, bei denen die Ausländerfrage eventuell mitschwang, diese aber lediglich im Hintergrund stand und implizit hervorgebracht wurde, wie etwa bei Slogans:

- *Das hält Deutschland zusammen: Soziale Sicherheit für alle Generationen.*
- *Bildung darf nicht vom Konto der Eltern abhängen. Und deshalb wähle ich SPD.*
- *So respektiert man gute Arbeit: Anständige Löhne für die Menschen.*
- *Weil Arbeit faire Löhne braucht. Deshalb SPD.*
- *Die SPD kämpft für Arbeitsplätze. Für meinen und auch für Ihren. Und deshalb wähle ich SPD.*
- *Gesundheit darf kein Luxusprodukt werden. Und deshalb wähle ich SPD.*
- *Weil Gesundheit kein Luxusprodukt werden darf. Deshalb SPD.*⁸

Alle genannten Slogans wiesen auf die Idee der sozialen Gerechtigkeit in diversen Lebensbereichen hin. Mit der Vorstellung vom Sozialstaat, in dem Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit vorherrschen, versuchte die SPD, ihre Traditions Klientel aus der Arbeiterschaft aber auch andere Teile der Wählerschaft zu erreichen.

⁸ Die genannten Plakate verfügbar unter: https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2013/46550877_kw37_wahl2009-213434, <https://www.welt.de/politik/bundestagswahl/gallery4306913/SPD-Plakate.html>, <https://www.spiegel.de/fotostrecke/wahlkampf-spd-setzt-auf-sachliche-plakate-fotostrecke-45279.html> [Zugriff: 26.01.2026] bzw. vorhanden im Archiv der Autorin.

Theoretisch konnten die genannten Slogans auch das Migrantenumlieu betreffen, was jedoch aufgrund ihrer ausbleibenden Präzisierung mehr in der Sphäre des Wunschdenkens einzelner Wählergruppen als Tatsache blieb.

Im Rahmen des Regierungsprogramms der SPD für die Bundestagswahl 2025 „Mehr für Dich. Besser für Deutschland“ (SPD 2025)⁹ wandte sich die Partei im Paragrafen 20 „Wir kämpfen für eine moderne Einwanderungsgesellschaft“ dem Migrationsthema zu und strebte einen Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik mit zwei Schwerpunkten „geordnete Migration auf dem Arbeitsmarkt“ und „bessere Kontrolle der Fluchtmigration“ (SPD 2025: 55). Bezogen darauf, dass Deutschland als alternde Gesellschaft auf Zuwanderung angewiesen ist, postulierte die SPD die Förderung der Integration, damit diese „ihre Stärken voll ausschöpfen kann“ (SPD 2025: 54). Auf dem Weg zum besseren sozialen Zusammenhalt sollten die Einbürgerungsverfahren erleichtert werden, die als Faktor der Teilhabe und Zugehörigkeit der besseren Identifikation mit deutscher Nation zu dienen vermochten. Während die Sozialdemokraten der Union wegen der Weiterentwicklung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes eine Politik der Ausgrenzung vorwarfen, hielten sie Vorsicht nur bei der Zuwanderung aus Flucht- und Asylgründen für geboten, um Rückführungen bei Regelverstößen zu ermöglichen und echten Schutzsuchenden zu helfen. Als grundsätzlich dabei gälte der Partei zufolge, dass Asylentscheidungen innerhalb von sechs Monaten getroffen werden (vgl. SPD 2025: 54f.). Die SPD plädierte ferner für die Stärkung des Schutzes vor Rassismus, Anfeindung, Diskriminierung und Ausgrenzung und ebenfalls für eine zeitgemäße, neue Rassismusdefinition (vgl. SPD 2025: 55). Angesichts der großen zeitgeschichtlichen Herausforderungen („Krieg mitten in Europa“, „die Populisten von links und rechts“) betonte sie die Relevanz dessen, dass Respekt für alle herrscht, „egal, wie viel sie verdienen, woran sie glauben oder woher sie kommen“ (SPD 2025: 5). Um es auf den Punkt zu bringen, positionierte sich die SPD als Kraft der Mitte, sie strebte einerseits eine Doppelstrategie aus Ordnung und Offenheit an, eine Kombination von „Humanität mit Ordnung“ (SPD 2025: 55) und Steuerung, d.h. Reduzierung der illegalen Migration, mehr Kontrolle und Ausschließen der Scheinmigration; andererseits setzte sie darauf, bei aller Strenge an humanitären Regeln festzuhalten.

Im Jahre 2025 wurden keine Wahlslogans gefunden, die sich direkt dem migrationspolitischen Thema in irgendwelcher Ausprägung zugewandt haben. Das Hauptmotto der SPD für die Bundestagswahl 2025 „Mehr für Dich. Besser für Deutschland“ wurde plakativ hervorgehoben, die Migrationspolitik selbst war auf Plakaten nicht explizit präsent.

⁹ Vgl. <https://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramm-spd> [Zugriff: 15.01.2026].

3.3. Wahlprogramme und Wahllogans der FDP in den Jahren 2009 und 2025

Das Wahlprogramm der Freien Demokratischen Partei zur Bundestagswahl 2009 mit dem Titel „Die Mitte stärken. Deutschlandprogramm der Freien Demokratischen Partei“ (FDP 2009)¹⁰ besteht aus insgesamt sieben Kapiteln, die, so exakt das Wahlprogramm (2009: 77), „die deutlichsten Antworten auf die Fragen unserer Zeit [gaben]“. Bereits auf Seite 3 ist zu lesen, dass der Mensch und sein Wohl im Mittelpunkt liberaler Politik stehen, die „vom Respekt vor den Bürgerrechten und der Verfassung geprägt ist“ (FDP 2009: 3). Somit profilierte sich die FDP als „die Partei der Grundrechte und des Rechtsstaats“, die Freiheitsrechte der Bürger gegen jede Art staatlicher Bevormundung und gesellschaftlicher Einschränkungen verteidigen wird (vgl. FDP 2009: 26f.). Demgemäß plädierte sie für Entstehung der liberalen Bürgergesellschaft, in der Weltoffenheit, Toleranz, Solidarität herrschen und die der Menschenwürde verpflichtet ist. Mit diesen Forderungen wurden die Migranten automatisch miteingeschlossen, deren Präsenz in Deutschland die Partei auch bemerkte und entsprechend regulieren wollte. Die „rationale Integrationspolitik“ von der FDP verstand den vorliegenden Nachholbedarf sowie bestehende Integrationsprobleme und forderte z.B. statt des Auswahlverfahrens die Steuerung der Zuwanderung durch Einführung des Punktesystems oder Forderung von Zuwanderern, für sich und seine Familie Verantwortung zu übernehmen und seinen Lebensunterhalt selbst zu verdienen, wozu die sprachliche Integration und der Berufseinstieg erforderlich waren. Das sehr große Augenmerk im FDP-Programm galt dem Recht auf ungehinderte Selbstbestimmung einschließlich der gleichen Chancen auf freie Entfaltung und selbstständige Lebensführung in jedem Alter und für alle (vgl. FDP 2009: 36ff.). Ein grundlegendes Umsteuern sah die FDP deshalb im Kontext der Bildung, die sie als „den wertvollsten Rohstoff“ Deutschlands bezeichnete, der viele Lebenschancen eröffnet und daher vorbehaltlos als Bürgerrecht gelten soll. Dieser Aspekt scheiterte in den Augen der FDP u.a. oft im Falle der Migrantenkinder, was die Partei mit ihrem Programm auch zu unterstreichen versuchte (vgl. FDP 2009: 43f., 77). Ihre Migrationspostulate ergänzte sie schließlich mit Förderung der humanitären Zuwanderungspolitik auf Basis des internationalen Flüchtlingsrechts oder besserer Bürgerbeteiligung, z.B. dank dem kommunalen Wahlrecht für Migranten mit mindestens fünf Jahren Aufenthaltsdauer (vgl. FDP 2009: 38). Es galt ferner unter anderem auch, dem Rechts- bzw. Links-

¹⁰ Vgl. <https://www.freiheit.org/node/15360> [Zugriff: 15.01.2026].

Extremismus und dem Antisemitismus konsequent entgegenzutreten und jegliche Ressentiments gegen Minderheiten aus der Mitte der Gesellschaft zu bekämpfen. Zu diesem Zweck wollte die Partei die Drei-Säulen-Initiative benutzen und hierbei auf die Intensivierung der Ausstiegsprogramme für gewaltbereite und gefährdete Jugendliche, schulische und berufliche Qualifizierung für jugendliche Aussteiger sowie Gewaltprävention an Schulen und in der Jugendarbeit fokussieren (FDP 2009: 29). Letzten Endes wandten sich die Liberalen gegen den religiösen Fundamentalismus/ Islamismus und setzten sich stark für „religiöse Freiheit“ und das Recht ein, „einen religiösen Glauben persönlich zu leben und öffentlich zu bekennen oder dies nicht zu tun“. Anstelle von Fundamentalismus sollten Toleranz, Respekt, „Kultur der Vielfalt“ mit z.B. einer Antidiskriminierungsgesetzgebung gefördert werden (FDP 2009: 36, 41).

Das Migrationsthema war in keinen FDP-Wahlslogans zu finden. Lediglich die in einem sehr allgemeinen Ton gehaltenen, sich auf Freiheit, Verantwortung bzw. Bürgerrechte beziehenden Slogans erlaubten so eine Implikation, dass dies auch für Zuwanderer gelten soll, was ihre Bestätigung, wie erörtert, im Wahlprogramm an manchen Stellen fand:

- *Freiheit wählen. Dr. Wolfgang Gerhardt*
- *Verantwortung wählen. Birgit Homburger*
- *Freiheit stärken, Bürgerrechte schützen.*¹¹

Die FDP betonte und wiederholte mit den genannten Slogans die Kernaussage ihres Wahlprogramms, dass „Maßstab aller Politik“ und „die oberste Leitlinie“ ihres politischen Handelns Freiheit sein muss (FDP 2009: 3, 30). Diese ging mit Verantwortung und Respekt einher, weil das Hauptanliegen der Liberalen war, „allen Bürgern selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Handeln zu ermöglichen“, wodurch auch die Würde der Bürger in einem liberalen Rechtsstaat geschützt und bewahrt werden konnte (FDP 2009: 6). Berücksichtigt man weitere FDP-Slogans: „Bessere Bildung wählen. Cornelia Pieper“¹² oder „Bildung ist ein Bürgerrecht“¹³ war die vergleichbare, auf Zuwanderer bezogene Intention zu erkennen, und zwar die Idee der Bildungsoffensive, die für das Wohl aller Menschen, einschließlich der Migranten, einzuleiten war. Die von der FDP so besetzten Begriffe, ständige

¹¹ Das zuletzt genannte Wahlplakat ist verfügbar unter: https://www.leo-bw.de/detail/-/Detail/details/DOKUMENT/labw_findmittel_06/labw-1-1244200/FDP%20Bundestagswahl%202009 [Zugriff: 15.01.2026], die zwei ersten online nicht mehr abrufbar, jedoch im Archiv der Autorin vorhanden.

¹² Verfügbar unter: <https://www.flickr.com/photos/corneliapieper/3852913102/> [Zugriff: 15.01.2026].

¹³ Im Archiv der Autorin.

Verweise auf ihre Rechtsstaat- und kulturliberale Orientierung mit Freiheit, Selbstentfaltung, Verantwortung und Individualismus im Zentrum schärfen nicht nur das parteiliche Profil in positivem Sinne, sondern involvierten ebenfalls Migranten, was im Wahlprogramm mancherorts direkt versprochen wurde. Falls dies in Slogans hingegen nicht mehr geschehen ist, konnte die Implikation, sogar wenn hintergründig und unterschwellig, sicherlich so weit gehen.

Das Programm der Freien Demokraten zur Bundestagswahl 2025 wurde mit dem Titel „Alles lässt sich ändern. Das Wahlprogramm der FDP zur Bundestagswahl 2025“ (FDP 2025)¹⁴ versehen und dieser ließ sich auch eindeutig auf die Migrationspolitik beziehen. Bereits in der Präambel steht, dass „innere und äußere Sicherheit herausgefordert sind wie seit langem nicht mehr“ sowie „die irreguläre Migration immer noch nicht ausreichend unter Kontrolle gebracht wird“, was einen eindeutigen Handlungsbedarf erforderte (FDP 2025: 4). Im Kapitel 4, Punkt C „Für eine neue Realpolitik in der Migration“ fasst die FDP ihre Migrationspostulate zusammen: „geordnete Migration nach klaren Regeln, die auch durchgesetzt werden“ (ebd.: 26), „Einwanderung in den Arbeitsmarkt nicht in die sozialen Sicherungssysteme“ (ebd.: 26), verbunden mit nachhaltiger Integration, humanitärer Verantwortung sowie realen Aufnahmemöglichkeiten Deutschlands. Die Migration „nach klaren Regeln“ bedeutete aus der Sicht der FDP, dass die Voraussetzungen für einen Aufenthalt in Deutschland jeweils und bedingungslos erfüllt werden müssen und eben im Gegenzug: „Wer ohne Bleiberecht hier ist, der muss unverzüglich in seine Heimat zurückkehren“ (FDP 2025: 27). Als großen Mangel sah die Partei Rückführungsprozesse an, die „jedoch zu oft am Vollzug durch die Bundesländer [scheitern]“ (FDP-WP 2025: 27), weswegen die Freien Demokraten ihre zügige Zentralisierung forderten. Aufgrund der begrenzten Aufnahmekapazitäten des Staates und der Integrationsfähigkeit der Gesellschaft plädierten sie für mehr Ordnung und Kontrolle in der Migrationspolitik und für Eindämmung der illegalen Migration. Zu wichtigen Maßnahmen hierzu zählten sie Beschleunigung der Asyl- und Asylgerichtsverfahren, die Durchsetzung von Asylverfahren in Drittstaaten, ein geordnetes Verfahren zur Feststellung von mehr sicheren Herkunftsstaaten, modellhafte Erprobung von Zurückweisungen an deutschen Außengrenzen, eine bessere Zusammenarbeit mit europäischen Partnern oder die Stärkung der Rolle von FRONTEX beim Grenzschutz (vgl. FDP 2025: 27). Im Gegenzug dazu verlangte in den Augen der FDP die Einwanderung in den Arbeitsmarkt entsprechende

¹⁴ Vgl. https://www.fdp.de/sites/default/files/2024-12/fdp-wahlprogramm_2025.pdf [Zugriff: 15.01.2026].

Förderung, wie z.B. die Überprüfung der Visaprozesse, Modifikation des Einwanderungsgesetzes oder schnelleren Zugang zum Arbeitsmarkt für Schutzsuchende mit Bleiberecht. Zu wichtigen Zielen gehörte es selbstverständlich auch, die gute Integration zu ermöglichen und zu gestalten, was u.a. mit einer Neuorganisation der behördlichen Strukturen und Verfahren im Bereich der Arbeitsmigration sowie Neuausrichtung bei Sprach- und Integrationskursen (weniger kostspielig, modular, leistungsdifferenziert und berufsbegleitend) erreichbar war (vgl. FDP 2025: 26ff.). Mit einer Begründung, dass „ein Job außerdem der beste Integrationskurs [ist]“, setzten sich die Liberalen zum Ziel, „eine stärkere Unterstützung für die Aufnahme von Arbeit und – soweit rechtlich zulässig – geringere Sozialleistungen [einzuführen], damit die Höhe der Sozialleistungen keinen Fehlanreiz [darstellt]“ (FDP 2025: 27). Für alle anerkannten Flüchtlinge wollten sie einen neuen sozialrechtlichen Status statt des Bezugs von Bürgergeld schaffen und eben davon erhofften sie sich die gesellschaftliche Akzeptanz für die Einwanderung zurückzugewinnen. Die Liberalen nannten ferner das Vorbestraftsein, den Antisemitismus, Rassismus und die Fremdenfeindlichkeit, egal ob Handlungen oder Motive, als strenge Ausschlussgründe beispielsweise für die eventuelle Einbürgerung dar (vgl. FDP 2025: 28). Schließlich hoben sie hervor, dass das Zusammenleben in der offenen, liberalen, toleranten Gesellschaft die Gleichbehandlung aller Bürger voraussetzt und deswegen jede Form von Diskriminierung im Keim zu ersticken ist, wozu die im Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit verhelfen konnte. Unter die Lupe sollten u.a. die Islamverbände genommen werden, um „Verbände, die Islamismus beschönigen, verharmlosen oder Antisemitismus nicht verurteilen“ als Partner in der Religionspolitik auszuschließen. Des Weiteren ging die FDP von der These von „Deutschland als sicherem Land für Jüdinnen und Juden“ aus und betonte, dass ebenfalls Antisemitismus konsequent bekämpft werden muss (vgl. FDP 2025: 24f.).

Mit dem 2025 auffindbaren Slogan „Migration: Auch guter Wille muss Grenzen setzen. Freie Demokraten“¹⁵ suchte die Partei ihre im Wahlprogramm umfassend dargestellten migrationsbezogenen Standpunkte kompakt zu versprachlichen und erfolgreich zwischen ihren liberalen Positionen und gesellschaftlicher Befürwortung für die restriktive Migrationspolitik zu balancieren. Die mit dem Slogan transportierte Kernbotschaft entsprach den gesellschaftlichen, stark antimigrantischen Stimmungen und Erwartungen aber vermochte zugleich das liberale und humanitäre Bild der Partei, auf dem sie immerhin das Vertrauen und Wahlunterstützung bauen wollte, aufrechtzuerhalten. Die Freien Demokraten bejahten ihre

¹⁵ Der genannte Slogan ist verfügbar unter: <https://fdp-brandenburg.de/wahl/> [Zugriff: 15.01.2026].

Bereitschaft, Zuwanderer zu unterstützen, ohne dabei die Tatsache zu verkennen, dass der Staat als Hilfeleister aufgrund ihrer Aufnahmekapazität nicht überfordert werden kann. Somit gingen sie auf ihre historisch bedingte Anerkennung als fortschrittliche „Partei der Vernunft“ bzw. „Partei der Mitte“, die sich zwischen linker Willkommenspolitik und rechter Abschottung platziert mit gleichzeitigem Hinweis darauf, die liberalen freiheitlichen Werte jedoch nach Bedarf in Form von „Grenzen setzen“ auch verifizieren oder ändern zu können. Die dabei mitschwingende Neudefinition von Liberalismus vermochte ermutigend auf die Wählerschaft zu wirken, weil diese eben mit erwünschter, bis jetzt fehlender Migrationskontrolle und dem gut funktionierenden, gegenwärtig jedoch real gefährdeten Rechtsstaat gepaart wurde.

3.4. Wahlprogramme und Wahlslogans von Bündnis 90/Die Grünen in den Jahren 2009 und 2025

Das Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Der grüne neue Gesellschaftsvertrag: Klima – Arbeit – Gerechtigkeit – Freiheit“ (Bündnis 90/Die Grünen 2009)¹⁶ umfasst 14 Abschnitte und 221 Seiten. Erst im Kapitel 8 „Anwältin der Bürgerrechte – Rechtsstaat verteidigen, Integration fördern“ wandte sich die Partei dem Thema der Migrationspolitik zu und sprach solche Aspekte wie Integration, Gleichstellung von Islam, Schutz für verfolgte Flüchtlinge oder Aufstehen gegen Rechtsextremismus an. Sie plädierte für das Vorantreiben der Integration, „die Kultur der Anerkennung“, demokratische Gestaltung der multikulturellen Realität in Deutschland und nahm ihre Verantwortung zum Schutz von Menschenrechten wahr, die unteilbar und „für alle Menschen, überall und jederzeit [gelten sollten]“, um ihre gesamte, auf dem Dialog stützende Migrationspolitik ebenfalls daran auszurichten (vgl. Bündnis 90/Die Grünen 2009: 147, 211). Da Die Grünen „die Politik der gleichen Rechte“ (ebd.: 143) u.a. mit humaner Flüchtlingszugangspolitik ohne Menschenrechtsverletzungen anstrebten, sprachen sie sich gegen Abschottung, Zurückdrängungs- und Abweisungspraxis auch auf hoher See, Residenzpflicht bei Aufnahmeeinrichtungen, Ausreisezentren, Sammelunterkünfte, Abschiebehaft oder Flughafenverfahren für Asylsuchende, Kinder und Jugendabschiebung aus. Das Gewährleisten des Grundrechts aufs Asyl durch Abschaffen des Asylbewerberleistungsgesetzes „mit seinen menschenunwürdigen Bestimmungen“, Ver-

¹⁶ Vgl. https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/publikationen/2009_Wahlprogramm_Bundestagswahl.pdf [Zugriff: 15.01.2026].

besserung sozialer Mindeststandards für Asylbewerber, schnellerer Zugang zur Arbeit sowie Erleichterung des Einbürgerungsverfahrens nach dem Prinzip „ohne Hürden zum deutschen Pass“ wurden von der Partei eindeutig begrüßt (Bündnis 90/Die Grünen 2009: 143, 152ff.). Jegliche Formen von Diskriminierung wollte sie entschieden bekämpfen mit der Begründung, dass keiner die Freiheit anderer, egal aus welchen Gründen einschränken darf (vgl. Die Grünen-WP 2009: 143f.). Angenommen, dass der Arbeitsmarkt „den Schlüssel zur Integration“ ausmachte, setzte sich Bündnis 90/Die Grünen für die Förderung der Chancengleichheit im Allgemeinen und vor allem des sozialen Aufstiegs für Zuwanderer ein. Für junge Migranten galt es, Blockaden abzuschaffen und den Weg zu guter Bildung und Arbeit freizumachen, bei Kindern sollte zusätzlich vorwiegend für sprachliche Integration gesorgt werden (vgl. Bündnis 90/Die Grünen 2009: 148). Politisch gesehen vermochte mit dem kommunalen Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger, generell mit vorbehaltloser Gleichstellung von Unionsbürgern aus den neuen EU-Mitgliedstaaten wichtiger Schritt für verstärkte politische Teilhabe getan werden (vgl. Bündnis 90/Die Grünen 2009: 148). Weiterhin haben Die Grünen den Kampf gegen „braunes Gedankengut“, Antisemitismus und Rassismus angesagt, der beispielsweise das NPD-Parteiverbot, die Aufklärung über Verbrechen der Nazi-Zeit oder Aktivierung von entsprechenden zivilgesellschaftlichen Initiativen umfasste (vgl. Bündnis 90/Die Grünen 2009: 149f). Mit Blick auf den Islam – die zweitgrößte religiöse Gruppe in Deutschland, nannte(n) Bündnis 90/Die Grünen die individuelle und kollektive Religionsfreiheit für Islamgläubige in Deutschland, die Erlaubnis für den Bau repräsentativer Moscheen, Ausbildungsförderung von islamischen Geistlichen bzw. Einrichtung von islamischen Friedhöfen als wirksame Maßnahmen, um den Islam zu integrieren, gleichzustellen sowie dem islamischen Extremismus den Boden zu entziehen (vgl. Bündnis 90/Die Grünen 2009: 151).

Wirft man einen Blick auf die Wahlslogans anno 2009 (insgesamt 12 diverse Wahlslogans), fehlen bei Bündnis 90/Die Grünen evident die migrationspolitisch ausgerichteten Slogans. Ähnlich wie im Falle der CDU/CSU lassen sich Bezüge auf Migrationspolitik bei bildungsbezogenen Slogans finden, wie z.B. im Slogan „Wachstum durch Bildung!“¹⁷, bei dem das Thema der Migrationspolitik lediglich implizit, und zwar im Kontext der bildungspolitischen Maßnahmen der Partei versprachlicht wurde. Bündnis 90/Die Grünen warb(en) damit für Wachstum in Deutschland, das durch Bildungsreformen erfolgen sollte. Selbstverständlich

¹⁷ Das genannte Wahlplakat ist verfügbar unter: <https://www.hdg.de/lemo/bestand/objekt/plakat-wachstum-durch-bildung-die-gruenen.html> (Zugriff: 15.01.2026).

betrif und umfasste die geforderte Bildungsoffensive u.a. Migranten, indem sie wichtige Ziele verfolgte: Gerechtigkeits- und Gleichstellungslücken zu schließen, hohe Abbrecherquote v.a. unter Migranten zu mindern bzw. Chancen für Kinder aus Akademiker- und Nicht-Akademiker-Familien anzugleichen. Da Bildung des Weiteren von der Partei als zentrales Element für Innovationskraft, Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und soziale Sicherheit, als „ein aktiver Beitrag, um Arbeitslosigkeit zu reduzieren“ und „Schlüssel für die Entfaltung der Persönlichkeit und die kritische Auseinandersetzung mit der Welt“ (Bündnis 90/Die Grünen 2009: 16, 100) angesehen wurde, konnte somit das Migrantenmilieu mehrdimensional miteinbezogen bzw. angesprochen werden.

Im Wahlkampfjahr 2025 thematisierten Die Grünen das Thema der Migrationspolitik im Kapitel 3 des Regierungsprogramms „Zusammen wachsen. Regierungsprogramm 2025“ (Bündnis 90/Die Grünen: 2025)¹⁸ und gingen von der Anerkennung der offensichtlichen Tatsache aus, dass „Deutschland ein Einwanderungsland [ist und bleibt]“ und diese Einwanderung Teil der gesellschaftlichen und ökonomischen Stärke Deutschlands ist, weswegen auch „eine echte Willkommenskultur“ die essenzielle Rolle spielen muss (vgl. Bündnis 90/Die Grünen 2025: 126). Bezogen darauf, dass Migration in Form von Arbeitsmigration und Flucht auftaucht, plädierten sie dafür, für beide wirksame Instrumente und eine verlässliche Finanzierung einzuführen. Die Aufgabe der Einwanderungsgesellschaft wäre aus der Sicht vom Bündnis 90/Die Grünen nicht nur Perspektiven zu schaffen und das Ankommen zu ermöglichen, sondern auch Forderungen mit dauerhaften Strukturen wie Migrationsberatungsstellen, Jugendmigrationsdienste, dezentrale Unterbringung zu stellen sowie für Fördermaßnahmen wie bedarfsgerechte, direkt nach der Ankunft zugängliche Angebote zu Spracherwerb und Integration zu sorgen (vgl. Bündnis 90/Die Grünen 2025: 128). Die Partei erkannte die Einwanderung von Fach- und Arbeitskräften für die Sicherung des deutschen Wohlstands als unabdingbar an und wollte diesem Aspekt z.B. mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz, Erleichterungen beim Arbeitsmarktzugang, leichterem Anerkennung von Berufs- und Bildungsabschlüssen, einfacherer Anrechnung von Berufserfahrung oder einfach mit Digitalisierung der Visavergabe nachgehen und es vorantreiben (vgl. Bündnis 90/Die Grünen 2025: 126, 129). Angesichts dessen, dass der Spracherwerb, Arbeit und Beschäftigung „der stärkste Motor für die Integration“ und Grundlage fürs Zusammenwachsen der Gesellschaft sind, setzte sie prioritär darauf, „Geflüchtete

¹⁸ Vgl. https://cms.gruene.de/uploads/assets/20250205_Regierungsprogramm_DIGITAL_DINA5.pdf [Zugriff: 15.01.2026].

tatsächlich in den Arbeitsmarkt zu bringen“ (Bündnis 90/Die Grünen 2025: 128). Die Grünen standen selbstverständlich für das Grundrecht auf Asyl, einschließlich des Kirchenasyls und forderten das zügige und faire Asylverfahren mit Möglichkeit der Abschiebung, allerdings mit Vorrang für freiwillige Rückkehr, falls solche möglich wäre. Sie setzten sich völlig der Abschiebung in Kriegs- oder Krisengebiete bzw. Unrechtsregime sowie der Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten entgegen, weil diese kostspielig, ineffektiv und Scheinlösungen wären (vgl. Bündnis 90/Die Grünen 2025: 129ff.). Die erwünschte Ordnung in der Migrationspolitik galt es, ihrer Ansicht nach, mit Humanität zu verbinden, was an mehreren Stellen unterstrichen wurde. Demzufolge wollten sie konsequent gegen illegale Pushbacks vorgehen, nur menschenrechtsbasierte Schritte und Zusammenarbeit mit Dritt- und Transitstaaten oder effektives Menschenrechtsmonitoring einleiten (vgl. Bündnis 90/Die Grünen 2025: 126, 130). Im Unterschied zu ihren politischen Konkurrenten nannte(n) Bündnis 90/Die Grünen das Vorantreiben der gemeinsamen europäischen Migrationspolitik als wichtiges Teilziel eigener migrationspolitischen Ausführungen, was allerdings heißen sollte, für eine faire, verbindliche und solidarische Verteilung von Schutzsuchenden in Europa zu sorgen. Mit Blick darauf, dass „geordnete Migration nur europäisch [geht]“, sprachen sie von der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, die grund- und menschenrechtskonform umzusetzen war (vgl. Bündnis 90/Die Grünen 2025: 130).

Bei der Wahlslogankampagne von Bündnis 90/Die Grünen korrespondierten die eher auf andere Fragestellungen bezogenen Wahlslogans stark mit den eben zitierten Wahlprogramminhalten:

- *Frieden in Freiheit: Sichern! Ein Bündnis. Ein Wort.*
- *Leben: Bezahlbar machen!*
- *Zusammen: Ein Mensch. Ein Wort.* (Kopfplakat mit Annalena Baerbock)
- *Schulen und Kitas: Sanieren! Ein Bündnis. Ein Wort*¹⁹.

Die genannten, sehr allgemein und pauschal formulierten Slogans vermochten auf die Richtung und oberstes Ziel der Grünen-Migrationspolitik zu verweisen, d.h. das friedliche Zusammensein und Integration statt Abschottung. Die Migration wurde dabei in Wahlslogans zwar nicht als Selbstzweck thematisiert bzw. positioniert, aber mit anderen Wahlslogans gekoppelt, die bspw. nach finanzieller Entlastung der Gesellschaft, besserem Bildungsangebot, geregelter Zuwanderung riefen, konnte

¹⁹ Alle genannten Plakate sind verfügbar unter: <https://gruene-unterfranken.de/die-plakate-sind-da/> [Zugriff: 15.01.2026].

diese Fragestellung theoretisch der Partei dazu verhelfen, freiheitliche und friedliche Koexistenz aller Menschen in Deutschland erfolgreich zu verheißen.

3.5. Wahlprogramme und Wahlslogans der AfD in den Jahren 2009 und 2025

Im Falle der Alternative für Deutschland, einer relativ neuen, aber 2025 bereits etablierten Partei, ragten migrationsbezogene, eigentlich migrationskritische Inhalte besonders heraus, denn diese Partei etablierte sich als Anti-Migration-Partei, deren Alleinstellungsmerkmal eben aus dieser Thematik resultierte. Bereits in den ersten Zeilen des Wahlprogramms „Zeit für Deutschland. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag“ (AfD 2025)²⁰ ließ sich bezüglich der Migrationspolitik lesen, dass „in den vergangenen Jahrzehnten die politischen Rahmenbedingungen in Deutschland so ausgestaltet [wurden], dass das Land zum Hauptanziehungspunkt insbesondere für Armutsmigranten aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus Afrika geworden ist“ (AfD 2025: 100). Die von Regierungsparteien betriebene Politik der offenen Grenzen wurde eindeutig negativ konnotiert und mit ungesteuertem Bevölkerungswachstum, Überforderung der Staatsfinanzen, signifikant ansteigender Kriminalität, Gefährdung der sozialen Sicherungssysteme und des Wohnungsmarktes gleichgesetzt. Als Gegenpol dazu präsentierte die AfD einen Maßnahmenkatalog für die ihrer Ansicht nach effiziente Zuwanderungspolitik in Form von Remigration und Rückführung, die sie als Heilmittel für aktuelles „migrationspolitisches Staatsversagen“ betrachtete. Erwartungsgemäß sollten migrationspolitische Regelungen zuallererst im Interesse Deutschlands liegen, „in freier Selbstbestimmung“ und nach dem Prinzip „allein Deutschland entscheidet, wer nach Deutschland kommen darf“ ausgehandelt werden (AfD 2025: 100). Als unberührt hat die AfD lediglich die Freizügigkeitsregelungen innerhalb der EU anerkannt, jegliche Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und zum Schutz der inneren Sicherheit, deutsche Asylregelungen sollten jedoch Vorrang vor den europäischen Vorschriften haben (vgl. AfD 2025: 100). Mit Blick auf das Asylverfahren selbst postulierte die Partei u.a., dass Asylverfahren und Anträge auf subsidiären Schutz zukünftig außerhalb Deutschlands gestellt und bearbeitet werden sollen, die Beantragung von Asyl und einem sonstigen Schutzstatus nur bei nachgewiesener Identität und Staatsangehörigkeit

²⁰ Vgl. https://www.afd.de/wpcontent/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf [Zugriff: 15.01.2026].

möglich ist, die Asylsuchenden in zentralen Aufnahmeeinrichtungen für die Dauer des Asylverfahrens untergebracht werden bzw. die Asylanerkennung, ohne vorangegangene Eigenleistung, nicht zu einer sofortigen Gleichstellung in allen sozialen Sicherungssystemen führt (vgl. AfD 2025: 100, 103ff.). Die vielfach überfällige Modifikation hatte des Weiteren durch den Wegfall des Asylrechts bei Falschangaben zur Identität, deutliche Ausweitung der Zahl sicherer Herkunftsstaaten, Verschärfung der VISA-Verfahren oder schließlich durch jährliche Prüfung des Fortbestands von Asylgründen zu erfolgen (vgl. AfD 2025: 104). Auf der Ebene des Sozialsystems galt es unter anderem, anstelle der bestehenden Fehlanreize wie das Bürgergeld, Bleiberechte für Ausreisepflichtige, Turboeinbürgerung, die Sozialleistungen für Asylbewerber nach Möglichkeit als Sachleistungen zu erbringen, Leistungen für Ausreisepflichtige auf ein menschenwürdiges Existenzminimum abzusenken bzw. Leistungskürzungen für Asylbewerber bei Ablehnung von Arbeitsgelegenheiten einzuführen (vgl. AfD 2025: 101f.).

Im Fadenkreuz der Kritik stand hauptsächlich die Migration aus Afghanistan und Syrien. Diesbezüglich forderte die AfD z.B. die Einstellung der freiwilligen Aufnahmeprogramme für Afghanistan oder Aufnahmestopp von Migranten im Rahmen einer „europäischen Lösung“, die durch Missbrauch der Seenotrettung nach Europa gelangen (vgl. AfD 2025: 104). Eine analoge, auf Syrier ausgerichtete Offensive sollte ebenfalls die Rückführung von Straftätern und allen nicht mehr schutzberechtigten syrischen Staatsbürgern, das Widerrufsverfahren für bislang als subsidiär schutzberechtigt anerkannte Syrer, Förderung der freiwilligen Rückkehr nach Syrien ggfs. darauf bezogene Verhandlungen mit der syrischen Regierung umfassen (vgl. AfD 2025: 108). Als weitere hilfreiche Maßnahmen betrachteten sie auch die nach dem internationalen Seerecht bestehende Möglichkeit der Ausschiffung der Betroffenen am nächstgelegenen Seehafen, sofortige Einstellung der sogenannten zivilen Seenotrettung im Mittelmeer und die darauf bezogene Weiterentwicklung des Maghreb-Staaten Abkommens (vgl. AfD 2025: 104). Die obigen Forderungen wurden mit denen nach verstärkten Grenzkontrollen, Ausbau von Haft- und Gewahrsamspätzen in Grenznähe sowie europäisch mit Aufkündigung des UN-Migrations- und UN-Flüchtlingspaktes, Reform der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention gepaart (vgl. AfD 2025: 103).

Neben der asylbedingten Migration thematisierte die AfD auch die Arbeitsmigration, die wie die Partei schrieb, von ihr begrüßt wird, jedoch lediglich für „Berufsfelder, in denen [...] Mangel herrscht“ (AfD 2025: 111). Demzufolge stellte sie die Forderung nach einer kritischen Hinterfragung der Arbeitsmigration als

alleiniger Lösung für einen „flächendeckenden Fachkräftemangel“ (ebd.: 11). Anstatt dessen plädierte sie dafür, die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Unternehmer und die deutsche Arbeiterschaft zu verbessern, die heimischen Potenziale auszuschöpfen und erst als allerletzte Eventualität, geeignete außereuropäische Arbeitskräfte bedarfsgerecht auszuwählen und einwandern zu lassen (vgl. AfD 2025: 113).

Schließlich, wenn auch in einem echt geringen Ausmaß, griff die AfD das Integrationsthema als „Leitgedanken bei jeder Form von Zuwanderung“ auf und positionierte sich eindeutig und entschieden gegen Verschenkung der deutschen Staatsbürgerschaft aus (vgl. AfD 2025: 108, 110). Als Voraussetzung für die Teilhabe an der deutschen Gesellschaft begriff sie das Erlernen der deutschen Sprache sowie das Anerkennen der Werte des deutschen Rechtsstaates und Gemeinschaftslebens. Für die in ihren Augen erforderliche Wiederherstellung der Integrationsfähigkeit und -willigkeit der deutschen Gesellschaft betrachtete sie konsequent eine strikte Begrenzung des Zuzugsgeschehens als signifikant, was ihre groß angelegte Rückführungsoffensive lediglich zu vervollständigen hatte (vgl. AfD 2025: 109).

Erwartungsgemäß, da die AfD als Anti-Migration-Partei gewachsen ist und daraus ihr Kennzeichen machte, ist die Anzahl der migrationsbezogenen Wahlslogans besonders groß. Das Thema wurde in seinen verschiedenen Ausprägungen, aber jeweils mit Blick auf das Endziel, d.h. Remigration, mit acht Slogans aufgegriffen:

- *Zeit für sichere Grenzen.*
- *Zeit, Illegale abzuschieben.*
- *Zeit für Deutschland.*
- *Zeit für das Land, das Heimat bleibt.*
- *Zeit, Grenzen zu ziehen.*
- *Zeit für Remigration.*
- *Zeit für unsere Kultur.*
- *Endlich frei sein im eigenen Land.*²¹

²¹ Die Links zu genannten Slogans in der Reihenfolge wie diese im Text genannt wurden: <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/afd-wahlprogramm-wirtschaft-eu-und-migration,Ubw3P4W>,
 – <https://www.morgenpost.de/bezirke/lichtenberg/article408490467/einige-wahlplakate-haengen-noch-immer-die-begrueundung-ueberrascht.html>,
 – <https://www.alamy.com/afd-alternative-fr-deutschland-wahlplakate-zur-vorgezogenen-bundestagswahl-am-23-februar-2025-in-deutschland-wahl-zum-21-deutschen-bundestag-deutschland-ger-deu-germany-eisenach-25012025-wahlplakat-mit-der-aufschrift-zeit-fr-deutschland-logo-afd-wahlplakat-mit-der-aufschrift-zeit-fr-ein-land-das-heimat-bleibt-zeit-fr-deutschland-logo-afd-afd-alternative-for-germany-election-posters-for-the-early-federal-election-on-february-23->

In der Gesamtbetrachtung der AfD-Slogankampagne anno 2025 wurde sofort ersichtlich, dass die wahlkampfpolitische Darlegung ihrer Migrationspolitik sachorientiert, mit Betonung von ihrer Problemlösungskompetenz bzw. Dringlichkeit in genannten Aspekten erfolgen sollte. In ihrem gesamten Kontext vermochten die genannten Slogans, nicht zuletzt aufgrund des ständig wiederholten rhetorischen, neutral klingenden Musters „Zeit für...“ den nationalistischen AfD-Hauptgedanken „mild“ an die Wählerschaft zu transportieren, der in Wirklichkeit bedeutete, mit möglichen Remigrationsmaßnahmen die belastenden Migranten loszuwerden.

3.6. Wahlprogramme und Wahlslogans von Die Linke in den Jahren 2009 und 2025

Die Linke legte für die Bundestagswahl 2009 das Wahlprogramm mit dem Titel „Konsequent sozial. Für Demokratie und Frieden. Bundestagswahlprogramm 2009“ (Die Linke 2009)²² vor, das sechs Kapitel und etwa 37 Seiten umfasst. Für die Slogankampagne erstellte sie 10 Werbeslogans, die jedoch migrationspolitische Themen explizit nicht aufgegriffen haben. Der einzige Hinweis auf Migranten war als einer von vielen möglichen Gedanken im Slogan „Reichtum für alle“ sowie in der Wahlparole „Damit es im Land gerecht zugeht“²³, die zugleich als Basisslogan von Die Linke galt, zu finden. Diese auf solche Art und Weise der Wählerschaft kommunizierten Ideen fanden ihre Bestätigung selbstverständlich in Wahlprogramminhalten. Angenommen, dass Deutschland als demokratischer und sozialer Rechtsstaat „zum sozialen Ausgleich und zu sozialer Gerechtigkeit aktiv beizutragen [hat]“ (Die Linke 2009: 26), setzte sich Die Linke zum Ziel, „die Rechte und Chancen der Migrantinnen und Migranten [zu] stärken“ (ebd.: 17) und wandte sich gegen „menschenverachtende, selektive, [lediglich auf Nützlich-

2025-in-germany-election-to-the-21-german-bundestag-germany-ger-deu-germany-eisenach-25-01-2025-election-poster-with-the-in-image642645557.html,

– <https://www.rbb24.de/politik/wahl/bundestag/2025/brandenburg-kandidierende-weniger-bewerber-alter-geschlecht.html>,

– <https://www.rheingold-marktforschung.de/rheingold-studien/rheingold-wahlstudie-2025-was-deutschland-wirklich-bewegt/>,

– <https://www.hss.de/news/machtwechsel-rekordergebnisse-und-eine-unsichere-zukunft-news12545/> [Zugriff: 15.01.2026].

²² Vgl. https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlprogramme_alt/bundestagswahlprogramm2009.pdf [Zugriff: 15.01.2026].

²³ Die genannten Slogans verfügbar unter: <https://wahl.tagesspiegel.de/2017/zeitreise/2009/linke-plakat/> [Zugriff: 15.01.2026].

keitskriterien ausgerichtet] Einwanderungspolitik“ (ebd.: 17). Laut dem damaligen Programm galten die grundlegende Liberalisierung des Asyl- und Aufenthaltsrechts, Abschaffung von Abschiebungen der Menschen aus Kriegsgebieten und politisch Verfolgter, des Widerrufs von Asylgewährung sowie der Residenzpflicht für Asylbewerber und Geduldete als erforderlich (vgl. Die Linke 2009: 17, 29f.). Evident war, dass Die Linke die Migrationspolitik in ihr Wahlprogramm als einen Teil der Gleichstellungspolitik integrierte, die den uneingeschränkten Zugang zu Sozialleistungen (Abschaffung des diskriminierenden Asylbewerberleistungsgesetzes) sowie einen flächendeckenden, kostenfreien Zugang zu Sprach- und Integrationskursen unabhängig vom Aufenthaltsstatus garantiert. Mit einer Forderung nach „dem im Grundgesetz verankerten Recht auf Bildung“ und „einem nationalem Bildungspakt“ im Bildungssystem suchte sie „die systematische Ausgrenzung von sozial Benachteiligten, Migrantinnen und Migranten, [...]“ (Die Linke 2009: 21) zu beseitigen und „dem elementaren Gebot der Menschlichkeit“ (ebd.: 29) nachzugehen. Die Linke forderte des Weiteren aktives und passives Wahlrecht für alle Menschen mit Lebensmittelpunkt in Deutschland, setzte sich für eine doppelte Staatsbürgerschaft und erleichterte Einbürgerung ein (vgl. Die Linke 2009: 18). Als Antwort auf die Abschottungspolitik der EU und die Idee der Festung Europa forderte sie legale und sichere Fluchtwege nach Europa und prioritär den Kampf gegen Fluchtursachen (vgl. Die Linke 2009: 29).

Auch wenn dies nur vereinzelt, implizit, nicht allzu verstärkt vor allem in Wahlslogans zur Sprache kam, ist es anzunehmen, dass Die Linke anno 2009 die Politik einer Willkommenskultur den Migranten gegenüber betrieben hat. Ihre Kernforderungen nach Überwindung der globalen Ungerechtigkeiten, nach gleichberechtigtem Zugang aller Menschen zu gesellschaftlichen Bereichen schlossen eine offene und humanitäre Position *in puncto* Migrationspolitik mit ein. Die geforderte Abkehr von Ausgrenzung hin zu voller gesellschaftlicher Teilhabe war Ausdruck ihres Demokratieverständnisses, aber auch ihrer Humanität.

Für das Wahlkampfsjahr 2025 wurde von Die Linke ebenfalls das Wahlprogramm mit dem Titel „Alle wollen regieren. Wir wollen verändern. Reichtum teilen, Preise senken. Füreinander“ (Die Linke 2025)²⁴ vorbereitet, das von dem Ruf nach Veränderungen geprägt wurde und einen radikalen Gegenentwurf zur aktuellen Migrationspolitik der Bundesregierung darstellte. Die Partei setzte konsequent auf Solidarität, Entkriminalisierung und volle soziale Teilhabe, die durch rechtliche und soziale Gleichsetzung der Migranten mit Inländern zu erreichen waren.

²⁴ Vgl. <https://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramm-die-linke> [Zugriff: 15.01.2026].

In den Kapiteln 16, 17, 18 wurde der Fokus auf Extremismus, Einwanderungsgesellschaft, Inklusion und Teilhabe gelegt. Die Linke profilierte sich eindeutig als politische Kraft, für die menschliches Leben, „unabhängig von Pass, Herkunft, Hautfarbe, kultureller oder religiöser Zugehörigkeit“ (Die Linke 2025: 52) gleich wertvoll gilt und propagierte „das Leitbild einer demokratischen und sozialen Einwanderungsgesellschaft“ (ebd.: 52), die die Würde des Menschen in den Mittelpunkt stellt, „Teilhabe und Partizipation für alle ermöglicht“ und „sich nicht mehr am Maßstab Herkunft oder ökonomische Verwertbarkeit orientiert“ (ebd.: 54). Sie ging davon aus, dass sie nicht nur für „gutes Ankommen“, sondern auch für spätere „volle Teilhabe an der Gesellschaft“ zu sorgen hat und erkannte dabei vollständig die Menschen mit Migrationsgeschichte und ihre Leistung an, denn „ganze Lebensbereiche würden ohne sie sofort zusammenbrechen“ (Die Linke 2025: 53). Um jedem Menschen, einschließlich den Migranten vollen Zugang zu sozialen, politischen und kulturellen Rechten zu gewähren, forderte sie im Rahmen der Migrationspolitik gesetzliche, finanzielle und strukturelle Rahmenbedingungen, wie z.B. eine uneingeschränkte Arbeitserlaubnis ab dem Tag der Ankunft in Deutschland, ein Fonds für Willkommenskommunen mit guter Willkommenskultur, integrative Angebote, bundesweit dezentrale Unterbringung, kostenlose Sprachkurse oder reguläre Geldleistungen für Geflüchtete. Unbedingt durchzusetzen wären weiterhin Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse unabhängig von Beschäftigungsdauer und Arbeitgeber, flächendeckende Kontrollen zur Durchsetzung des Mindestlohns, schnellere Anerkennung von Qualifikationen und Abschlüssen auch von Nicht-EU-Bürgern oder Einführung von einer Quote im öffentlichen Dienst und auf dem privaten Arbeitsmarkt. Bezogen auf bessere politische Teilhabe setzte sie sich für „das aktive und passive Wahlrecht [...] für alle langfristig in Deutschland lebenden Menschen“ (Die Linke 2025: 52). In einem gesonderten Abschnitt besprach die Partei den Aspekt der Fluchtmigration. Mit dem Hauptargument, dass niemand freiwillig flieht, plädierte sie für einheitliche Schutzstandards und die Bekämpfung von Fluchtursachen, was z.B. mit „Anerkennung von Klima- und Umweltfolgeschäden sowie Armut oder sexueller Orientierung als Fluchtgründe“, „einer europäischen Fluchumlage“ oder „einer entsprechenden humanitären Visa- vergabe“ geschehen sollte (vgl. Die Linke 2025: 53). Sie forderte die Einhaltung der Genfer Flüchtlings-, der UN-Kinderrechts- und der Europäischen Menschenrechtskonvention, Etablierung des europäischen Seenotrettungsprogramms sowie die Auflösung der EU-Abschottungsagentur Frontex (vgl. Die Linke 2025: 53). Da sie davon ausging, dass Asylrecht Menschenrecht ist, das „ohne Wenn und Aber“ gelten sollte, sprach sie sich gegen „Abschiebungen, insbesondere in Krieg,

Verfolgung und Elend oder als Form der Doppelbestrafung“, Schnellverfahren und Inhaftierung von Schutzsuchenden aus. Dabei unterstützte sie eine umfassende Visaliberalisierung, den individuellen Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz für Asylsuchende auch an den EU-Außengrenzen und sichere, legale Fluchtwege und Einreisemöglichkeiten in die EU (vgl. Die Linke 2025: 5, 52). Als zu Bekämpfendes nannte sie Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus, strukturelle bzw. institutionelle Diskriminierung sowie jede Erscheinungsform des Rechtsextremismus. Den letzten wollte sie entschieden z.B. mit zivilgesellschaftlichem „Protest und Aufklärung gegen rechts“, Verbot von neonazistischen Organisationen oder sogar präziserer Fassung des Grundgesetzartikels 139 gegen Nationalsozialismus und Militarismus zu verfolgen (vgl. Die Linke 2025: 51). Komplementär dazu begriff Die Linke weit verstandene gesellschaftliche Inklusion als „Gegenentwurf zu sozialer Spaltung, zu Rassismus, Neofaschismus und Ausgrenzung“ und sah sie als „einen tiefgreifenden Prozess zum Abbau von gesellschaftlichen Ungleichheiten“ an (Die Linke 2025: 54).

Dem eben vorgestellten Leitbild folgten in der Wahllogokampagne auch zwei, teilweise dem Thema Migrationspolitik zuzuordnenden Slogans, und zwar:

– *Wir kümmern uns um alle Familien* (Heidi Reichinnek)

– *Wir haben was gegen Armut* (Jan van Aken)²⁵

Das von Die Linke propagierte Prinzip der Solidarität ohne Grenzen korrelierte eng mit der Idee des Klassenkampfes und strebte dabei ebenfalls totale soziale Gleichstellung der Migranten und kompromisslose Antidiskriminierungspolitik an, was allen Parteien aus dem linken Spektrum als Leitmotiv diente. Im Unterschied zur fast allgegenwärtigen Dichotomie, die die Linke-Wahlwerbung kennzeichnete, (Die Linke – andere Parteien, wir gemeinsam – die da oben, arm – reich) wurde der Fokus *in punkto* Migrationspolitik auf Einheit und Übereinstimmung gelegt. Die sonst so oft unterstrichene Dichotomie betraf gemäß ihrem humanitären menschenrechtsorientierten Standpunkt nicht mehr die Zusammensetzung der deutschen Gesellschaft, weil alle Gleichstellungspostulate automatisch die in vielen Aspekten benachteiligten Migranten umfassten und für diese besseres Leben zu bedeuten vermochten.

²⁵ Die genannten Plakate von Die Linke siehe unter: <https://dielinke-barnim.de/unsere-kampagne-zur-bundestagswahl-2025/> [Zugriff: 15.02.2026].

4. Fazit und Diskussion der Ergebnisse

Die vorliegende Auseinandersetzung mit Wahlprogrammen und Wahlslogans belegt, dass die sozial-politischen Hintergründe die Wahlwerbung in Form von Wahlprogrammen und Wahlslogans stark mitbestimmen; *nolens volens* mussten diese von einer Partei verarbeitet und auf entsprechende Art und Weise der breiten Öffentlichkeit vor die Augen geführt werden. Die Wirtschaftskrise 2008/2009, Rezession und Arbeitslosigkeit, weiterhin die Migrationskrise 2015, Messerangriffe, Anschläge aus Solingen 2024 und anderen Städten sowie die weltweite Flüchtlingsbewegung kennzeichneten die hier analysierten Wahlen am meisten und gaben ihnen eine entsprechende Grundausrichtung an. In dem für die zwei Wahlkampfjahre 2009 und 2025 untersuchten Zeitraum wandelte die Migrationspolitik von einer gewöhnlichen sicherheitspolitischen Ordnungsfragestellung zu einem richtigen Krisenthema, das im Wahljahr 2025 sogar auf eine humanitäre Krise hindeutete oder so auszufern drohte. Die Migrationspolitik wurde auf der Achse zwischen einer humanitären Geste, reinem Wirtschaftsthema oder Sicherheitsgrundsatz auseinandergespielt und bedarfsgerecht von Parteien, entweder defensiv als Randthema oder offensiv als Kernelement der Wahlwerbung gerahmt. Demzufolge haben die Werbetreibenden den Wählern wahlkampfpolitisch bestimmte Gesellschaftmodelle vorgeschlagen, von denen sich ebenfalls unterschiedliche Ausprägungen der Migrationspolitik ableiten ließen. In den zwei hier analysierten Jahren sah das Migrationsnarrativ folgendermaßen aus:

- Inklusionsmodell/ faire Partizipation – ein Migrant als ein Gesellschaftsteil, der nach der erfolgreichen Integration eingebürgert werden kann/ soll/ darf; pragmatischer Ansatz verbunden mit einer humanitären Sichtweise, kein Leitkulturgedanke, sondern Miteinander von verschiedenen Kulturen im Mittelpunkt; das Inklusions- bzw. pluralistisch ausgerichtete Narrativ.
- Nützlichkeitsgedanke im Fokus – ein Migrant als Werkzeug, mit dem man deutsche Wirtschaft fördern kann, in Kategorien *nützlich* vs. *unnützlich* gesehen, Selektion des Migranten nach seiner „Verwertbarkeit“ für die Wirtschaft; zweckorientierte Sichtweise des Migranten – das ökonomische bzw. instrumentelle Narrativ.
- Ein Migrant als etwas aus der Gesellschaft Auszuschließendes – ein fremdes Element, das die Gesellschaftsstruktur zerstören und ihrer Kohärenz schaden kann; Wandel von einer menschenrechtsorientierten zu einer stark nationalen bzw. nationalistischen Sichtweise. Im Gegensatz zum ersten Modell ist es das Exklusionsnarrativ bzw. im Extremfall sogar dehumanisierendes Narrativ, oft mit dem Teilnarrativ der Islamisierung Europas verbunden.

Wie oben erörtert, waren migrationsbezogene Inhalte in Wahlprogrammen oder Slogans jeweils ein integraler Bestandteil des politischen Wahlkampfprogramms, jedoch der Umfang, Gewichtung, Positionierung sowie inhaltliche Seite solcher Parolen variierten einigermaßen, weil diesbezügliche Entscheidungen stark auf programmatische Wurzeln der Partei, ihr historisch gewachsenes Selbstverständnis oder einfach auf zeitgeschichtliche Ereignisse zurückgingen. Ebenfalls wandelte die Instrumentalisierung dieser Inhalte je nach der geopolitischen Gesamtlage und dem sozial-politischen Makrokontext der Wahl entweder mehr in Richtung des Ansprechens von der kognitiven oder emotionalen Einstellungskomponente des Wählers, wovon sich die Parteien eben eine erwünschte Anschlusshandlung versprachen. Es lässt sich nicht bezweifeln, dass für die kommende Bundestagswahl *in puncto* Migrationspolitik weitere Problemfelder hinzukommen, die neuartige Lösungen, strategische Manöver und wohl ein neues Narrativ für das Flüchtlings-thema selbst und dergleichen von Parteien erfordern werden.

Literatur

Primärliteratur

- AfD (2025), *Zeit für Deutschland. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag*. Berlin. https://www.afd.de/wpcontent/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf [Zugriff: 15.01.2026].
- Bündnis 90/Die Grünen (2009), *Der grüne neue Gesellschaftsvertrag: Klima – Arbeit – Gerechtigkeit – Freiheit*. Berlin. https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/publikationen/2009_Wahlprogramm_Bundestagswahl.pdf [Zugriff: 15.01.2026].
- Bündnis 90/Die Grünen (2025), *Zusammen wachsen Regierungsprogramm 2025*. Berlin. <https://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramm-gruene> [Zugriff: 15.01.2026].
- CDU/CSU (2009), *Wir haben die Kraft. Gemeinsam für unser Land. Regierungsprogramm 2009–2013*. Berlin. https://www.kas.de/documents/252038/253252/2009-2013_Regierungsprogramm_Wir-haben-die-Kraft_Gemeinsam-fuer-unser-Land.pdf/7d6e0b45-01b2-1cc7-793a-84d61e9c5086 [Zugriff: 15.02.2026].
- CDU/CSU (2025), *Politikwechsel für Deutschland. Gemeinsames Wahlprogramm von CDU und CSU zur Bundestagswahl 2025*. Berlin. <https://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramm-cdu> [Zugriff: 15.01.2026].
- Die Linke (2009), *Konsequent sozial. Für Demokratie und Frieden Bundestagswahlprogramm*. Berlin. https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlprogramme_alt/bundestagswahlprogramm2009.pdf [Zugriff: 15.01.2026].
- Die Linke (2025), *Wahlprogramm Die Linke zur Bundestagswahl 2025. Alle wollen regieren. Wir wollen verändern. Reichtum teilen, Preise senken. Füreinander*. Berlin. <https://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramm-die-linke> [Zugriff: 15.01.2026].
- FDP (2009), *Die Mitte stärken. Deutschlandprogramm der Freien Demokratischen Partei Deutschland*. Hannover/Berlin. <https://www.freiheit.org/node/15360> [Zugriff: 15.01.2026].
- FDP (2025), *Alles lässt sich ändern. Das Wahlprogramm der FDP zur Bundestagswahl 2025*. Berlin. <https://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramm-fdp> [Zugriff: 15.01.2026].

- SPD (2009), *Sozial und Demokratisch. Anpacken. Für Deutschland. Das Regierungsprogramm der SPD*. Berlin. https://library.fes.de/prodok/ip-02016/regierungsprogramm2009_if_navi.pdf [Zugriff: 15.01.2026].
- SPD (2025), *Mehr für Dich. Besser für Deutschland. Regierungsprogramm der SPD zur Bundestagswahl 2025*. Berlin. <https://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramm-spd> [Zugriff: 15.01.2026].

Sekundärliteratur

- Abromeit, H. (1972), *Das Politische in der Werbung. Wahlwerbung und Wirtschaftswerbung in der BRD*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Angeli, O./Mendes, M.S./Schäller, S. (2024), *Die Migrationspolitik der Rechtspopulisten: Eine vergleichende Analyse der Wahlprogramme*. MIDEM-Policy Paper 2024-2, Dresden. https://www.stiftung-mercator.de/content/uploads/2024/10/TUD_MIDEM_PolicyPaper_2024-2_Migrationspolitik-der-Rechtspopulisten.pdf [Zugriff: 05.03.2026].
- Angeli, O. (2025), *Migration als Wahlkampfthema*. Parteipositionen und Schnittmengen im Überblick. MIDEM-Policy Brief 2025-1, Dresden. <https://forum-midem.de/migration-als-wahlkampfthema/> [Zugriff: 05.03.2026].
- Bachmann-Medick, D. (2009), *Cultural Turns: Neuorientierungen in den Kulturwissenschaften*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag. 3. Auflage.
- Ballnuß, P. (1996), *Leitbegriffe und Strategien der Begriffsbesetzung in den Grundsatzprogrammen von CDU und SPD*. In: Diekmannshenke, H./Klein, J. (Hrsg.), *Wörter in der Politik. Analysen zur Lexemverwendung in der politischen Kommunikation*. Opladen: Westdeutscher Verlag: 29–72.
- Baumgart, M. (1992), *Die Sprache der Anzeigenwerbung: eine linguistische Analyse aktueller Werbeslogans*. Heidelberg: Physica-Verlag.
- Bieber, I./Roßteutscher, S./Scherer, P. (2018), *Die Flüchtlingskrise als Wahlkampfthema*. In: Roßteutscher, S. et al. (Hrsg.), *Zwischen Polarisierung und Beharrung. Die Bundestagswahl 2017*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft: 115–136.
- Brettschneider, F./Thoms, C. (2025), *Die Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2025 im Vergleich aller Bundestagswahlen seit 1949*. Eine Studie der Universität Hohenheim. https://www.uni-hohenheim.de/uploads/media/Wahlprogramm-Check_BTW_2025.pdf [Zugriff: 05.03.2026].
- Burgard, J.P. (2012), *Von Obama siegen lernen oder „Yes, We Gäh!“? Der Jahrhundertwahlkampf und die Lehren für die politische Kommunikation in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Dijk, T.N van (1980), *Textwissenschaft. Eine interdisziplinäre Einführung*. Tübingen: Niemeyer Verlag.
- Eckhard, J./Sturm, R. (2012), *Bilanz der Bundestagswahl 2009. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Foucault, M. (1981), *Archäologie des Wissens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Flader, D. (1975), *Pragmatische Aspekte von Werbeslogans (1972)*. In: Nusser, P. (Hrsg.), *Anzeigenwerbung. Ein Reader für Studenten und Lehrer der deutschen Sprache und Literatur*. München: Wilhelm Fink Verlag: 105–136.
- Fromm, U.L. (2025), *Am Scheideweg: Die deutsche Bundestagswahl 2025 – Hintergründe und Analyse*. In: Alber, E./Engl, A./Pallaver, G. (Hrsg.), *Politika 2025. Südtiroler Jahrbuch für Politik*. Bozen: Edition Raetia.
- Gruner, P.-H. (1990), *Die inszenierte Polarisierung: Die Wahlkampfsprache der Parteien in den Bundestagswahlkämpfen 1957 und 1987*. Frankfurt am M./Bern/New York/Paris: Peter Lang Verlag.
- Holtz-Bacha, Ch. (Hrsg.) (2010), *Die Massenmedien im Wahlkampf. Das Wahljahr 2009*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Klotz, V. (1975), *Slogans (1963)*. In: Nusser, P. (Hrsg.), *Anzeigenwerbung. Ein Reader für Studenten und Lehrer der deutschen Sprache und Literatur*. München: Wilhelm Fink Verlag: 96–104.

- Korte, K.-R. (2000), *Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Korte, K.-R. (2010a), *Wahlen in Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Korte, K.-R. (Hrsg.) (2010b), *Die Bundestagswahl 2009: Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Landesbank Baden-Württemberg (2025), *Wachstum und Wahlprogramme: eine wirtschaftspolitische Analyse*. https://www.lbbw.de/konzern/research/2025/studien/20250211-lbbw-blickpunkt-wahlprogramme_ajm9kzquzg_m.pdf [Zugriff: 05.03.2026].
- Lessinger, E.-M./Moke, M./Holtz-Bacha, Ch. (2010), *Wir haben mehr zu bieten' Die Plakatkampagnen zu Europa- und Bundestagswahl*. In: Holtz-Bacha, Ch. (Hrsg.), *Die Massenmedien im Wahlkampf. Das Wahljahr 2009*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 67–116.
- Mendes, M.S./Schäller, S. (2025), *Einwanderungspolitik und Wählerauftrag. Halten Parteien, was sie versprechen?* MIDEM-Policy Paper 2025-2, Dresden. https://forum-midem.de/wp-content/uploads/2025/06/TUD_MIDEM_PolicyPaper_2025-2_Einwanderungspolitik-und-Waehlerauftrag.pdf [Zugriff: 05.03.2026].
- Müller, G. (1978), *Das Wahlplakat. Pragmatische Untersuchungen zur Sprache in der Politik am Beispiel von Wahlplakaten aus der Weimarer Republik und der Bundesrepublik*. Tübingen: Niemeyer.
- Niedermayer, O. (Hrsg.) (2011), *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Nusser, P. (Hrsg.) (1975), *Anzeigenwerbung. Ein Reader für Studenten und Lehrer der deutschen Sprache und Literatur*. München: Wilhelm Fink Verlag.
- Schiffers, M./von Schuckmann, A./Korte, K.-R. (Hrsg.) (2025), *Die Bundestagswahl 2025: Analysen der Wahl-, Parteien- und Kommunikationsforschung*. Wiesbaden: Springer.
- Toman-Banke, M. (1996), *Die Wahllogans der Bundestagswahlen 1949–1994*. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
- Treibel, J. (2010), *Was stand zur Wahl 2009? Grundsatzprogramme, Wahlprogramme und der Koalitionsvertrag im Vergleich*. In: Korte, K.-R. (Hrsg.), *Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien, Kommunikations- und Regierungsforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 89–116.
- Wodak, R. (2019), *Diskursanalyse*. In: Wagemann, C./Goerres, A./Siewert, M. (Hrsg.), *Handbuch Methoden der Politikwissenschaft*. Wiesbaden: Springer.
- Wüst, A.M. (2024), *Einwanderung und politische Integration in Deutschland*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Migration_fair_gestalten/Einwanderung_u_politische_Integration_in_Deutschland_Wuest_2024.pdf [Zugriff: 15.03.2026].

Onlinequellen

- Alles lässt sich ändern*. <https://fdp-brandenburg.de/wahl/> [Zugriff: 15.01.2026].
- Analyse: Die Sprache der Wahlplakate 2025*. <https://www.volksverpetzer.de/analyse/sprache-der-wahlplakate-2025/> [Zugriff: 20.02.2026].
- Die Plakate der Parteien*. <https://www.zeit.de/online/2009/33/artikel-bg-wahlplakate> [Zugriff: 24.02.2026].
- Diskursanalyse*. <https://www.zhdk.ch/forschung/ehemalige-forschungsinstitute-7626/iae/glossar-972/diskursanalyse-3820> [Zugriff: 20.03.2026].
- Diskursanalyse: Beispiele zur Analyse von Kommunikationsmustern*. <https://novostat.com/statistik-blog/diskursanalyse-beispiele.html> [Zugriff: 20.02.2026].

- Hirscher, G. (2025), *Machtwechsel, Rekordergebnisse und eine unsichere Zukunft*. <https://www.hss.de/news/machtwechsel-rekordergebnisse-und-eine-unsichere-zukunft-news12545/> [Zugriff: 15.01.2026].
- Huber, E. (2025), *AFD-Wahlprogramm: Wirtschaft, EU und Migration*. <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/afd-wahlprogramm-wirtschaft-eu-und-migration,Ubw3P4W> [Zugriff: 15.01.2026].
- Laurig, L. (2025), *Einige Wahlplakate hängen noch immer – die Begründung überrascht*. Berliner Morgenpost 06.03.2025. <https://www.morgenpost.de/bezirke/lichtenberg/article408490467/einige-wahlplakate-haengen-noch-immer-die-begrueundung-ueberrascht.html> [Zugriff: 15.01.2026].
- Parteilplakate*. <https://www.cdu.de/wahlplakate/> [Zugriff: 15.02.2026].
- Rheingold Wahlstudie 2025 – „Was Deutschland wirklich bewegt“*. <https://www.rheingold-marktforschung.de/rheingold-studien/rheingold-wahlstudie-2025-was-deutschland-wirklich-bewegt/> [Zugriff: 15.01.2026].
- So sehen die Plakate aus!* <https://gruene-unterfranken.de/die-plakate-sind-da/> [Zugriff: 15.01.2026].
- SPD setzt auf sachliche Plakate*. <https://www.spiegel.de/fotostrecke/wahlkampf-spd-setzt-auf-sachliche-plakate-fotostrecke-45279.html> [Zugriff: 26.01.2026].
- SPD-Plakate*. <https://www.welt.de/politik/bundestagswahl/gallery4306913/SPD-Plakate.html>.
- Stefanowicz, A. (2009), *SPRACHLOG – Wir haben die Kraft*. <https://www.sprachlog.de/2009/09/25/wir-haben-die-kraft/> [Zugriff: 24.02.2026].
- Wahlprogramme der FDP zu den Bundestagswahlen*. <https://www.freiheit.org/node/15360> [Zugriff: 15.01.2026].
- Was hinter den Wahlplakaten steckt?* <https://www.volksverpetzer.de/analyse/sprache-der-wahlplakate-2025/> [Zugriff: 20.02.2026].
- Verlierer waren die großen Volksparteien*. https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2013/46550877_kw37_wahl2009-213434 [Zugriff: 26.01.2026].
- Zahl der Kandidaten zur Bundestagswahl in Brandenburg gesunken*. <https://www.rbb24.de/politik/wahl/bundestag/2025/brandenburg-kandidierende-weniger-bewerber-alter-geschlecht.html> [Zugriff: 15.01.2026].
- <https://www.alamy.com/afd-alternative-fr-deutschland-wahlplakate-zur-vorgezogenen-bundestagswahl-am-23-februar-2025-in-deutschland-wahl-zum-21-deutschen-bundestag-deutschland-ger-deu-germany-eisenach-25012025-wahlplakat-mit-der-aufschrift-zeit-fr-deutschland-logo-afd-wahlplakat-mit-der-aufschrift-zeit-fr-ein-land-das-heimat-bleibt-zeit-fr-deutschland-logo-afd-afd-alternative-for-germany-election-posters-for-the-early-federal-election-on-february-23-2025-in-germany-election-to-the-21-german-bundestag-germany-ger-deu-germany-eisenach-25-01-2025-election-poster-with-the-in-image642645557.htm> [Zugriff: 15.02.2026].
- <https://dielinke-barnim.de/unsere-kampagne-zur-bundestagswahl-2025/> [Zugriff: 15.02.2026].
- <https://www.flickr.com/photos/corneliapieper/3852913102/in/photostream/> [Zugriff: 15.01.2026].
- <https://wahl.tagesspiegel.de/2017/zeitreise/2009/linke-plakat/> [Zugriff: 15.01.2026].

